

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten

15. Sitzung
15. Januar 2018

Beginn: 14.02 Uhr
Schluss: 17.04 Uhr
Vorsitz: Sabine Bangert (GRÜNE)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0017](#)
Konzeption für die Staatsoper (Unter den Linden) Kult
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Vorsitzende Sabine Bangert: Als Anzuhörenden begrüße ich sehr herzlich Matthias Schulz, momentan noch Ko-Intendant, ab März alleiniger Intendant der Staatsoper. Momentan haben Sie noch eine Doppelspitze, eine einmalige Konstruktion mit Jürgen Flimm, was wir als Übergangszeit sehr toll finden. – Ich gehe davon aus, dass ein Wortprotokoll der Anhörung gewünscht ist. – Das ist der Fall, dann erstellen wir dieses. – Ich würde jetzt darum bitten, dass die SPD den Besprechungsbedarf begründet. – Bitte schön!

Frank Jahnke (SPD): Danke, Frau Vorsitzende! – Es ist fast selbstbegründend. Wir haben im letzten Jahr erleben dürfen, wie die Staatsoper, das älteste Opernhaus Berlins und eines der ältesten in Deutschland, an ihren Originalstandort Unter den Linden zurückkehren konnte.

Dort hat zunächst diese Ko-Intendanz begonnen. Bitte, richten Sie Herrn Flimm die besten Grüße des Ausschusses aus! Wir wissen, dass seine Arbeit der vergangenen Jahre größtenteils an einem Ausweichstandort stattfinden musste, von dem heute auch schon die Rede war. Es ist zu begrüßen, dass er selbst auch den Rückzug ins Stammhaus mitgestalten konnte.

Heute wollen wir aber auch über die weitere Zukunft, über die neue Konzeption der Staatsoper Unter den Linden sprechen, und dies mit dem Intendanten, der das ab übernächsten Monat allein macht. Wie wollen Sie die Staatsoper innerhalb des Berliner Opernspektrums positionieren? Mit der Deutschen Oper und der Komischen Oper gibt es Verbindungen über die Opernstiftung. Gibt es hinsichtlich Ihrer Oper bereits Überlegungen, wo Sie eventuell die Gewichte anders packen würden?

Es gibt in Ihrem direkten Umfeld bauliche Neuerungen. Wir haben die Eröffnung der Barenboim-Said-Akademie bzw. des Pierre-Boulez-Saals miterlebt. Es werden noch weitere Fazilitäten im Umfeld der Oper entstehen. Wie werden Sie solche Standorte stärker einbeziehen, sodass die Staatsoper im künftigen Opernbetrieb Berlins vielleicht eine etwas andere Rolle als vor 2010 einnehmen wird? – Dies, in Kürze gesagt, sind die Dinge, die uns interessieren.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Jahnke! – Herr Schulz! Sie sind zum ersten Mal im Ausschuss. Es ist so, dass wir Sie zuerst anhören. Dafür haben Sie großzügige zehn Minuten, wie wir vereinbart haben. Dann wird Senator Dr. Lederer eine Stellungnahme abgeben. Danach haben die Abgeordneten die Möglichkeit, Fragen an Sie zu stellen. Diese Fragen sammeln wir, und dann haben Sie noch mal Gelegenheit zu einer Antwortrunde. – Bitte schön!

Matthias Schulz (Ko-Intendant und ab März 2018 Intendant der Staatsoper Unter den Linden): Vielen Dank! Ich freue mich sehr, die Gelegenheit zu haben, hier zu sprechen. Ich bin schon seit März 2016 in Berlin und fühle mich schon fast als halber Berliner. Es will etwas heißen, wenn man das als Bayer sagt, aber ich fühle mich hier wirklich extrem wohl. Ich war 14 Jahre lang in Salzburg, habe bei diesem internationalen Festival und bei der Stiftung Mozarteum all das kennengelernt, was ich hier brauche, aber das in diesem neuen Umfeld anwenden und ausüben zu können und gerade jetzt, wo die Staatsoper wieder in die historische Mitte zieht, mit all dem, was im Umfeld ist – Sie haben den Boulez-Saals genannt, aber es gibt auch das Humboldt-Forum, das Gorki-Theater, die Humboldt-Universität, also wenn man all das nimmt, was im Umkreis ist und sich das anschaut –, und wo wir das Zentrum des Zentrums wieder mitgestalten können, so ist das ein ganz toller Moment, das machen zu können.

Mit Jürgen Flimm arbeite ich seit März 2016 parallel. Seit September bin ich Ko-Intendant, was auch immer das genau heißt, aber ich glaube, wir haben versucht, es deutlich zu machen. Für mich war es wichtig, in alles eingebunden zu sein, was Unter den Linden betrifft, sodass man bei allem, was die Zukunft betrifft, schon die Fäden mit in der Hand halten kann. Wir vertragen uns gut, und wir mögen uns auch. Das hilft. Es war zum Beispiel für mich wichtig, im Schillertheater nicht mein Büro im selben Gang zu haben, sodass nicht jeder Schritt mitverfolgt wird. Ich muss die Möglichkeit haben, meine ganz eigenen Wege zu suchen. Aber es läuft, wie gesagt, sehr gut, und ich bekomme auch den Rat vom ihm, den ich brauche.

Mit der Staatsoper haben wir ein Haus, das am 7. Dezember 275 Jahre alt wurde. Es war mal das größte Opernhaus der Welt mit 1 400 Sitzplätzen. Jetzt ist es so, dass dieses Opernhaus in das neue Zeitalter geführt werden soll, und dazu ist es wichtig zu zeigen, dass Oper etwas ist, was heutig ist, was nicht rein museal ist, wo es gilt, Barrieren abzubauen, wo es gilt, sehr zugänglich zu sein, und deutlich zu machen, dass Oper nicht nur etwas für Leute ist, die zu viel Geld haben oder zu viel wissen, sondern dass man dort ganz intuitiv etwas Tolles erleben kann. Ich hoffe, dass wir mit unserer Arbeit, mit unserem Programm zeigen können, was wir da machen. Dabei ist es für mich auch wichtig, im Programm die inneren Zusammenhänge sehr deutlich zu machen, also zwischen dem Opernprogramm im Hauptsaal und dem, was die Jugendarbeit oder die Konzerte der Staatskapelle betrifft. Zum Beispiel haben wir heute abschließend über das Kammermusikprogramm diskutiert. In all diesen Teilen, die die Staatsoper als Ganzes ausmachen, auch die inneren Zusammenhänge zu finden, ist mir sehr wichtig.

Zunächst noch mal zum Wiedereinzug selbst: Wir sind alle extrem glücklich, wieder in diesem neuen Haus zu sein. Ich habe es im Haus gespürt. Man hätte es niemandem mehr erklären können, dass man noch ein Jahr lang im Schillertheater ausharrt. Das Schillertheater war für alle eine wichtige Erfahrung. Es ist auch so, dass es im Schillertheater am Ende erstaunlich gut funktioniert hat. Aber es ist für so eine Institution, wie sie ist, mit Daniel Barenboim als Generalmusikdirektor, natürlich doch immer ein Provisorium geblieben. Deswegen ist es für alle, was die Motivation betrifft, enorm wichtig, wieder in diesem Haus zu sein.

Man kann durchaus sagen, dass es mit dem, was wir uns zugetraut haben – dass man da reingeht mit all den Bedingungen –, schwierig ist für das Haus. Man weiß, dass wir wenig Vorbereitungszeit hatten, aber Stück für Stück funktioniert es. Es gibt hinter der Bühne noch Tausende Details zu machen. Die Kassen-Foyers, diese Container, befinden sich immer noch Unter den Linden und nicht im Gebäude selbst. Es gibt hinter der Bühne und in den Garderoben usw. noch viele Dinge, die fertiggestellt werden müssen. Manche der Werkstätten, die es dort gibt, sind noch nicht fertig eingerichtet. Die Handwerker müssen zum Teil noch Werkzeug suchen und solche Dinge, aber das sind alles Sachen, mit denen man irgendwie umgehen kann. Die Hauptprobleme waren gelöst, und das sind jetzt Dinge, die wir Stück für Stück in Angriff nehmen.

Wir sind sehr glücklich mit der Akustik. Ich sage auch immer, wie wichtig das ist. Durch diese erhöhte Decke hat man ein Drittel mehr Raumvolumen. Das bedeutet auch ein Drittel mehr Nachhallzeit. Es wird oft gesagt: Eine halbe Sekunde oder 0,6 Sekunden, was ist denn das? –, aber das sind im akustischen Bereich Welten. Vom Orchester kann ich berichten: Wenn die vorher im Orchestergraben saßen, hatten die oft ein sehr enges Gefühl, und jetzt konnte man erleben, wie sie bei der ersten Probe das Gefühl bekommen, dass dieser Klang wirklich in den Zuschauerraum strömt. Trotzdem hat dieser Klang eine Tiefenschärfe. Er hat auch eine Wärme. Darüber sind wir wirklich sehr froh. Es gibt natürlich noch viel zu experimentieren. Es gibt noch das Feintuning zu machen, wie man so hässlich sagt. Das ist aber etwas, womit man gut umgehen kann.

Das Zweite sind die technischen Möglichkeiten. Es gibt innerhalb der technischen Mannschaften viele Umwälzungsprozesse. Es gibt zum Beispiel die Unter- und die Oberbühne, und die Maschinisten hatten in den ersten Wochen – das haben sie selbst so gesagt – das Gefühl, dass dort ein 500-PS-Auto mit allen Schikanen steht, sie aber den Führerschein für ein Bobby-Car haben. Die können alle wahnsinnig viel, aber sie müssen sich darauf einstellen. Das

geht rasant schnell. Zum Beispiel bei „Don Giovanni“ letzte Woche wurde zum ersten Mal die Probebühne eingesetzt. Die wurde vorher noch nie eingesetzt. Da ist man über einen gewissen Berg drüber gekommen, und das ist für alle sehr wichtig. Wir versuchen, ungebrochen positiv zu bleiben und einfach die Schwierigkeiten, die es noch gibt, aus dem Weg zu räumen.

Was das Haus, die Oper, betrifft, ist es für mich wichtig, auch eine neue Generation an Regisseuren zu finden. Mir ist es auch immer wichtig, da eine Oper, die eine gewisse Haltung einnimmt, zu haben. Gerade, wenn man den „Don Giovanni“ bespricht – der ist in den Wald verlagert –, kann man lange darüber streiten, ob es Sinn macht, ihn in den Wald zu verlagern oder nicht, aber es ist zumindest eine Idee, es ist eine Haltung zu dem Stück. Das ist etwas, wo wir versuchen, die richtigen Partner zu finden, die sich auch ästhetisch etwas trauen. Was das Schocken betrifft oder was da so oft war, hat nicht mehr so viel Sinn. In dem Umfeld hier in Berlin kann man, glaube ich, wenige damit faszinieren. Es geht eher darum, die Oper als eine Kunstform, wo es im besten Sinne von allem ein bisschen zu viel gibt, zu präsentieren. Man hat diese Musik, man hat den Text, man hat diese wunderbaren Sänger. Das ist ein unglaubliches Gefüge, ein Mikrokosmos, und für den Zuhörer dieses Erlebnis, das alle Sinne ansprechen soll und anspricht, in richtiger Form zu zeigen, ist für uns enorm wichtig.

Was das Repertoire betrifft, da hoffe ich einfach auf viel Neugier. Natürlich hat so etwas wie die Staatsoper einen Kern, und dazu gehörten in den letzten Jahren Wagner, Verdi und Strauß, was auch zu einem gewissen Grad so bleiben wird. Ich würde sagen, dass Mozart eine größere Rolle spielen sollte, weil es in dem Haus einfach sehr gut aufgehoben ist. Es ist aber auch wichtig, unbekanntere Werke zu zeigen, vielleicht gerade auch zu Spielzeitbeginn nicht etwas zu nehmen, was nur aus den Top 20 der Opernliteratur kommt. Es ist mir dann auch wichtig, immer wieder Zeitgenössisches zu zeigen, und dass das einen großen Stellenwert einnimmt. Ich möchte nicht, dass das so wie kontaminierte Erde extra ist, sondern es sollte ganz organisch in das Opernprogramm einfließen. Da wollen wir also, wenn es geht, ungefähr einmal pro Kalenderjahr ein neues Werk haben, weil das für das ganze Haus auch wichtig ist. Das ist wie ein Innovationskraftwerk, wo man sieht: Wie funktioniert eigentlich Oper zusammen mit Text? –, und dann hat man Librettisten im Haus und hat den Komponisten. Dieser Prozess ist für das Haus auch immer wieder sehr wichtig.

Eine andere Sache – da gibt es auch eine Tradition im Haus – ist die Barockoper. Das passt bei uns sehr gut, das ist auch etwas, das für uns z. B. im Vergleich zur Deutschen Oper noch mal eine ganz andere Schiene sein kann. Die Staatskapelle selbst ist natürlich kein Barockorchester, aber ich möchte gern im November, weil ich gesehen habe, dass es das in Berlin in der Form nicht gibt, ein zehntägiges Festival „Barocktage“ machen, wo es eine Neuproduktion und zwei Wiederaufnahmen gibt, wo es ergänzend aber auch ein paar Konzerte geben soll. Gerade im Barockbereich hat es enorm innovative Entwicklungen gegeben, was die Interpretation dieser Musik betrifft, und ich glaube, das kann für dieses Haus ein sehr wichtiger Punkt sein, der dann immer im Herbst stattfinden soll. Das sind die Barocktage. Im Frühjahr wird es weiterhin die Festtage geben.

Was mir besonders am Herzen liegt, ist das Jugendprogramm, und da geht es schon auch darum, dass man die Dinge macht, die man am besten kann. Es ist mir auch ein Anliegen, dass sich da jede Institution auf das konzentriert, was sie am besten kann, was da am meisten Sinn macht, und es sollte bei uns Kulturinstitutionen nicht darum gehen, dass wir etwas ersetzen, was in den Kindergärten und Schulen sowieso stattfinden soll und muss, sondern dass wir da die richtigen Ergänzungen finden. Es gab ja schon dieses Projekt des Kinderopernhauses, und das soll erweitert werden zu einem Kinderopernhaus Berlin, wo noch mehr Bezirke einbezogen werden, und wo wir glauben, dass das eine schöne Wirkung entfalten kann.

Es wird aber auch, um noch ein Beispiel zu nennen, ein Opernkinderorchester geben, denn es gibt Jugendorchester – wenn man 14 Jahre oder älter ist, kann man in ein Jugendorchester –, aber Orchestererfahrung kann und sollte viel früher beginnen. Jetzt ist es so, dass die Musikschulen da schon sehr starke Aktivitäten haben, aber hier geht es noch mal um etwas Stärkeres und etwas Überregionales, es sind alle Musikschulen, also zwölf Bezirksmusikschulen und einige private, da involviert, und es ist eine große gemeinsame Aktion mit den Musikschulen, denn ich finde die Arbeit der Musikschulen enorm wichtig für solche Institutionen, wie wir es auch sind. Das ist die Basis für die Zukunft. Da zu zeigen, dass wir ein Konzert innerhalb der Festtage anbieten, später auch mal was Szenisches machen, dass Dirigenten wie Daniel Barenboim und andere Künstler sich damit verbinden, also dass es die internationale Plattform gibt, das ist etwas, was für uns sehr wichtig sein kann.

Um die Zugänglichkeit deutlich zu machen, ist es wichtig, das digitale Opernhaus in der richtigen Weise zu befördern. Verstehen Sie mich da nicht falsch! Es ist kein Mittel zum Zweck,

sondern am Ende wollen wir auch durch diese Aktivitäten die Leute tatsächlich ins Opernhaus bringen, sie dazu bringen, das zu spüren, um was es da geht, auch die Obertöne wirklich zu hören, die Schwingungen der menschlichen Stimme zu spüren, dieses Raumerlebnis. Oper hat ja immer mit Raumerlebnis zu tun. Deswegen wollen wir natürlich die Leute dahin bringen. Aber um auch von außen Dinge sichtbar zu machen, geht es darum, dass wir rund zehn Streams im Jahr möglich machen wollen, weiterhin auch zwei, drei herkömmliche Produktionen, dass wir aber auch über Social-Media-Aktivitäten gewisse Formate entwickeln wollen, die die Oper in der besten Weise vermitteln und dann im besten Fall die Leute eben auch dazu motivieren, zu uns ins Opernhaus zu kommen.

Ich finde es sehr wichtig, auch die richtigen Kooperationen für so ein Opernhaus zu entwickeln, also da sehr kooperativ und vernetzt zu denken. Da geht es auch darum, den einen oder anderen Partner dafür zu finden, der uns einfach noch mal dieses Zusätzliche ermöglicht, was über die Grundversorgung hinausgeht. Z. B. ist es jetzt für mich in den ersten Jahren besonders wichtig, die eine oder andere Premiere mehr machen zu können, weil die Liste an Repertoire, die ich einfach übernehmen und ins Haus schieben kann, relativ kurz ist. Außerdem hat dieses Haus natürlich völlig neue Möglichkeiten, und es ist schön und wichtig, dann dieses Haus auch so zu nutzen, wie es ist.

Dann ist es so, wenn man an dieses Jugendprogramm denkt, an diese Digitalisierung denkt, an dieses Festival denkt, das ich zusätzlich mache – da ist das eine oder andere, wo es auch ganz in Ordnung ist, dass ich mich da anstrengende, Partner zu finden, auch private Partner, die da mithelfen, so etwas zu ermöglichen. Ich habe nur etwas Angst, wenn ich das so sagen darf, und da hoffe ich auch auf Ihre Unterstützung: Wenn es uns gelingt, den Partner für solche Dinge zu finden, auch den Freundeskreis zu stärken – ich habe z. B. jetzt auch mithelfen können, einen Sponsor zu finden, der dieses Konzertzimmer zur Hälfte mitträgt, das wir brauchen, um Konzerte dort machen zu können –, ist es für mich einfach sehr wichtig, dass ich dann nicht in den nächsten Runden, die es gibt, in irgendeiner Weise dafür bestraft werde. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sabine Bangert: Wir danken Ihnen, Herr Schulz, vielen Dank! – [Allgemeiner Beifall] – Dann ist jetzt Herr Kultursenator Dr. Lederer dran. – Bitte schön!

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa): Ich freue mich sehr, dass wir heute diese Anhörung haben, und ich finde auch, die Kombination aus der Befragung von Matthias Schulz über seine konzeptionellen Ideen einerseits und anschließend dem Thema Musikschulen andererseits in der heutigen Sitzung ist Fügung. Es ist ja ein großes Glück, dass wir die drei Häuser haben, und es ist auch ein großes Glück, dass in dieser Stadt kein Mensch mehr darüber diskutiert, ob wir es uns erlauben können, eines davon zu schließen, sondern dass wir im Gegenteil mittlerweile alle miteinander über die Frage reden: Was ist die beste Form der Profilierung, die wir über die Stiftung Oper und über die drei Opern im Gefüge der Opernstiftung hinkriegen können? – Ich glaube, dass das auch in dem Dreiklang, der ja eigentlich noch ein Vierklang ist, zwischen Dietmar Schwarz, Barrie Kosky und dem noch Ko-, aber bald Alleinintendanten Matthias Schulz, ganz gut funktioniert.

Ich will an der Stelle sagen: Da Jürgen Flimm heute nicht hier sein kann, wäre es mir lieb – ich habe es ihm auch schon persönlich gesagt vor drei Tagen –, wenn Sie ihm noch mal meinen ganz persönlichen Dank ausrichten. Er hat damals, als die Staatsoper ins Schillertheater

zog, nicht damit gerechnet, dass es so lange dauert, zurückzukommen – niemand hat das –, und er hat trotzdem bis zum Schluss mit durchgehalten. Ich bin einerseits froh, dass er jetzt erleben kann, wie es ist, wenn man zurückkehrt, und andererseits freue ich mich, dass wir jetzt aber auch den Punkt erreicht haben, an dem im neuen Haus mit den neuen Möglichkeiten neue Dinge gemacht werden, und ich habe ihn glücklich gesehen, auch in den letzten Wochen und Monaten glücklich gesehen, und das geht ja mancher Mitarbeiterin, manchem Mitarbeiter der Staatsoper auch so, die sich auch auf eine kürzere Exilzeit eingerichtet hatte. Manche von denen sind in der Zwischenzeit in den Ruhestand gegangen und haben das neue Haus zumindest als Beschäftigte gar nicht mehr von innen gesehen.

Die Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter, die im Haus gearbeitet haben, die Restaurateurinnen und Restaurateure, nicht zuletzt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch Ronny Unganz, der geschäftsführende Direktor, haben da in den letzten Wochen und Monaten noch mal ganz Starkes geleistet, und das war auch ein sehr enges und vertrauensvolles Miteinander. Es war ja nicht so ganz einfach. Es war ja auch die Entscheidung, die wir miteinander getroffen haben, dass wir sagen: Nein, wir warten jetzt nicht noch mal, nein, wir schieben nicht noch mal ein Jahr, sondern wir behalten den Druck bei. Wir entscheiden gemeinsam, dass wir am 3. Oktober das Präludium machen. Wir entscheiden gemeinsam, dass wir dann Anfang Dezember den Regelbetrieb starten, und wir stemmen auch gemeinsam die Probleme – sie sind ja angedeutet worden –, die damit einhergehen, dass eben noch nicht alles bis ins Letzte fertiggestellt ist. – Ich hoffe, dass wir das jetzt auch so wie verabredet mit dem Hochfahren von Anlagen einerseits, Spielplan andererseits und mit der Bearbeitung der Restbauarbeiten, die ja wirklich nur einen kleinen Rahmen ausmachen, aber nervig sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die Künstlerinnen und Künstler, in Bälde hinter uns gebracht haben.

Jetzt ist es so, dass ich mich in die Freiheit der künstlerischen Gestaltung hier überhaupt nicht einmische, aber es ist trotzdem der Best Case, wenn man Intendantenpartner hat, mit denen man sich zusammensetzen und Ideen austauschen kann und wo eine gewissen Offenheit existiert, neue Ideen aufzunehmen. Dieser offene Austausch ist da, und gerade die Herausforderung, Vielfalt von Stadt, Vielfalt von Kunst im Haus darzustellen, Zugänglichkeit zu erleichtern und dergleichen, trifft auf absolut offene Ohren – nicht nur die langjährige Zusammenarbeit mit Frau Lux-Hahn und der Kinderoper – Matthias Schulz hat es eben gesagt –, sondern eben auch „Staatsoper für alle“ und neue Formate. Wir haben das erste Mal gemeinsam, Daniel Barenboim, Matthias Schulz und wir als Kulturverwaltung, das „Konzert für Berlin“ gemacht, wo Menschen, die sonst nie in diese Oper kommen, die Möglichkeit hatten, sich zu bewerben. Das wird auch zukünftig wieder stattfinden, das weiß ich.

Ich finde es klasse, dass das klappt, und ich finde, dass die drei Opernhäuser in einer extrem positiven Konkurrenz um die Frage sind: Wie ziehen wir uns das Publikum der nächsten Generationen nach? Wie erreichen wir Menschen und begeistern sie für klassische Musik? – Das ist ja auch ein Lernprozess, man kriegt es nicht in die Wiege gelegt, man muss es mitbekommen. Das ist ganz toll. Matthias Schulz – ich sage das jetzt einfach mal, es ist exemplarisch, die vertrauensvolle Arbeit der letzten Monate –, Sie sind Doppelintendant seit 2016, ich bin Senator seit Ende 2016, und wie wir in den letzten 12, 13 Monaten miteinander gearbeitet haben, finde ich beispielhaft in der Art und Weise, wie Einrichtungsleitungen und eine Kulturverwaltung miteinander kooperieren können. Auch wenn ich mich aus Respekt vor der Kunstfreiheit natürlich völlig heraushalte aus dem, was Sie machen, freue ich mich, dass es

trotz allem sehr nah bei dem ist, was ich mir von der Staatsoper wünsche. Das sage ich an dieser Stelle auch.

Sie kennen die Zahlen. Ich kann – oder Staatssekretär Wöhlert kann es auch – für den Fall, dass Sie zu den Zahlen noch Fragen haben, noch nachreichen. Der Hauptstadtfinanzierungsvertrag war ein Glück und ein bisschen ein Problem zugleich. Es ist hier offen diskutiert worden. Natürlich sind die Orchester diejenigen, die jetzt zuerst profitiert haben. Wir müssen auch gucken: Was bedeutet der Rückzug in die Lindenoper perspektivisch für die Entwicklung der Betriebskosten und der Einnahmen? Das sind alles völlig offene Fragen. Wir müssen jetzt tatsächlich erst mal gucken, und vermutlich wird uns das erste Jahr auch noch keinen abschließenden Aufschluss bringen, aber wir haben dann auch noch das nächste Jahr, die nächste Spielzeit, und da wird dann Normalbetrieb gefahren, und da werden erste Akzente erkennbar sein, und dann gehört dazu auch, dass Haushaltsgesetzgeber; Kulturverwaltung und Finanzverwaltung sich ehrlich und tief in die Augen gucken: Was ist der reale Bedarf?

Umgekehrt wissen die Opern natürlich auch, dass mit einem Viertel des Etats nicht wenig reinfließt und dass es umgekehrt eine hohe Erwartung gibt. Das wird man abgleichen müssen, aber eins steht fest, das kann ich hier versprechen: Engagement dafür, mit Partnerinnen und Partnern das Programm auszuweiten, wird zumindest von der Kulturverwaltung nur gelobt und nicht bestraft, und ich hoffe, die Abgeordneten sehen das genauso.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Kultursenator Dr. Lederer! – Dann kommen wir jetzt zur Aussprache, und es hatte sich zuerst Herr Wesener gemeldet. – Bitte schön!

Daniel Wesener (GRÜNE): Danke schön, Frau Vorsitzende! – Herr Schulz! Ich hatte ja schon Gelegenheit, mich vorzustellen und Ihnen zu dieser neuen Aufgabe zu gratulieren. Wir freuen uns auf Sie und Ihre Arbeit in Berlin. Ich will dennoch im Anschluss an das, was Klaus Lederer sagte, auch noch mal unseren, meinen Dank aussprechen an Sie und Herrn Flimm für die Arbeit gerade in den letzten Monaten. Das war ja nicht immer ganz einfach, so ein Haus im Übergang mit allen Herausforderungen, und es wurde auch mit dem entsprechenden medialen Interesse begleitet. Ganz herzlichen Dank dafür! Ich glaube, Sie haben da schon mal organisatorisches Geschick und Erfindungsreichtum zeigen können, aber Sie haben in den letzten Monaten auch zeigen können und leben uns vor, wie man das mit so einem Intendantenwechsel ganz gut hinkommt. Das will ich auch mal ansprechen. Das ist ja nicht immer in dieser Stadt so gegeben. Also auch da herzliche Grüße an Herrn Flimm! Schön, dass das zumindest nach außen – wie es intern ist, weiß ich nicht – alles so großartig harmoniert.

Ich habe drei Fragen, und es würde sie wahrscheinlich auch wundern, wenn sie nicht auf die nähere Zukunft abzielen und vielleicht doch auch das eine oder andere kritische Moment enthalten würden, nicht kritisch gegenüber Ihnen und Ihrer Arbeit, aber ich glaube, dass wir doch noch einige Herausforderungen haben. Ich fange mal mit dem lieben Geld an. Der Kultursenator hat es gesagt: Ja, wir freuen uns, dass auch die Staatsoper von den Aufwüchsen im Kulturhaushalt profitiert. – Der Ehrlichkeit halber muss man sagen, das schafft Berlin nicht alleine, hier ist der Hauptstadtfinanzierungsvertrag ein Segen für uns gewesen. Ich habe mich auch sehr gefreut, dass Sie als Staatsoper sehr transparent damit umgehen, wie dieses Geld verwendet werden soll.

Es gab einen Artikel in der „Morgenpost“, wo noch mal sehr detailliert nachgelegt wird, dass Sie da diesen Schwerpunkt im Education-Bereich setzen, den Sie schon erwähnt haben. Ich kann das nur begrüßen, was Kunst- und Kulturvermittlung oder kulturelle Bildung angeht. Ich freue mich, dass es offenbar auch gelingen wird, unbesetzte Stellen im Orchester nachzusetzen. Jetzt kommt das Aber: Ich habe auch gelesen, die Betriebskosten steigen in dem neuen Haus um etwa 1,3 Millionen Euro, die hier wohl dazukommen, und ich habe mir den Wirtschaftsplan mal angeguckt und festgestellt: Wir kommen, was die Rücklagen angeht, von 8 Millionen Euro im Jahr 2016. Wir sind in diesem Jahr bei unter 1 Million Euro, und wir haben auch für die beiden kommenden Jahre negative Jahresergebnisse zu erwarten. Langer Rede kurzer Sinn: Wenn das so weitergeht, dann wird die Staatsoper spätestens im übernächsten Jahr über keine Rücklagen mehr verfügen. Wir haben also eine Situation, wo es mehr Geld gibt, ein neues Haus gibt, aber mit einem strukturellen Defizit. Darüber müssen wir sprechen, und da spreche ich jetzt nicht nur Sie an, sondern das ist natürlich auch unser gemeinsames Problem als Kulturausschuss, als Haushaltsgesetzgeber, und ich prognostiziere, dass wir spätestens bei den Beratungen zum nächsten Doppelhaushalt hier in die Diskussion gehen müssen.

Zweites Thema: Sowohl Sie als auch der Kultursenator haben ja die bauliche Situation angesprochen. Schön, dass Sie da so optimistisch sind. Man bekommt ja nicht alles mit, was da noch so an Regelungsbedarf ist. Ich persönlich hatte ein Erlebnis Mitte Dezember in der Premiere von „Poppea“, wo das Licht nicht ausging. Ich kann gleich dazusagen: Auch bei Licht besehen, war das eine großartige Inszenierung. Herzlichen Glückwunsch dazu! Und akustisch hat das Ganze sowieso nichts ausgemacht. Aber ich will es jetzt mal zuspitzen: Für 400 Millionen Euro erwartet man eigentlich, dass man das Licht an- und ausschalten kann, und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Insofern würde mich schon interessieren, was da noch im Argen liegt, und will das verbinden mit einer Erwartungshaltung nicht gegenüber Ihnen, sondern ich finde, dass wir da in der Pflicht stehen, dass wir da eine Fürsorgepflicht als Politik haben und dass in diesem Fall nicht die Kulturverwaltung, sondern die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, die hier bauausführende Behörde ist, auch mit Ihnen gemeinsam daran arbeiten muss, dass diese Mängel abgestellt werden. Ich will nicht erleben – das sage ich auch ganz deutlich –, dass die Staatsoper zu einer zweiten Akademie der Künste wird. Die öffnete, angeblich sollte alles funktionieren, aber wir zahlen noch heute für die Mängelbeseitigung, wo der Bund auch einen Zuschuss gegeben hat, aber gesagt hat: Mängelbeseitigung ist eure Aufgabe! – Das geht schon seit vielen Jahren so, und ein Ende ist nicht absehbar.

Dritter und letzter Punkt – ich bleibe bei „Poppea“ –: Sie haben das gleich realisieren können mit den jungen Regisseuren, in diesem Fall Regisseurinnen, nämlich Eva-Maria Höckmayr hat da inszeniert – wie ich finde, großartig. Mich würde interessieren, ob in diesem Fall auch das kleine „i“ für Sie von Interesse ist. Ich habe mir das mal angeguckt. Künstlerische Qualität ist sicherlich keine Frage des Alters, auch nicht unbedingt des Geschlechts, aber da bewegt sich ja was in der Musiktheaterszene. Gerade auch Regisseurinnen treten da auf den Plan. Könnten Sie sich vorstellen, darauf vielleicht auch noch mal ein besonderes Augenmerk zu richten, denn Frau Höckmayr ist, glaube ich, in dieser Spielzeit, die einzige Regisseurin? – Danke schön!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Wesener! – Dann ist als Nächstes Frau Kittler dran. – Bitte schön!

Regina Kittler (LINKE): Viele Fragen, die ich hatte, haben Sie schon in Ihrem Vortrag vorausseilend beantwortet. Aber ich bedanke mich erst mal ganz herzlich. Hier weht uns frischer Wind entgegen, auf den wir uns, glaube ich, alle freuen, und das macht auch Lust auf Oper, was in der heutigen Zeit vielleicht nicht mehr ganz so modern ist, aber ich glaube, dass das Moderne jetzt gerade auch mit Ihnen kommt. Darauf freuen wir uns alle. Ich finde es total spannend, was Sie an Neuem verkünden. Ganz besonders freut mich dieses Jugendprogramm, wo Sie ja auch einen Schwerpunkt gesetzt haben. Es ist schon vom Senator gesagt worden: Welch Zufall, dass wir uns heute auch noch mit den Musikschulen hier beschäftigen werden! Dass Sie hier eine gemeinsame Aktion planen, freut mich ungemein.

Zum Zweiten haben wir auch Grund zur Freude, weil Sie sich die Förderung neuer Musik vornehmen – auch nicht ganz so einfach, und ich bin sehr gespannt, wie das dann angenommen wird. Aber ich finde es großartig, dass Sie sich dann mit einem Herbstfestival auch der alten Musik annehmen. Insofern möchte ich wissen, inwiefern Sie bei dem Herbstfestival „Barocktage“ Partnerinnen und Partner aus Berlin, auch sehr renommierte, die wir hier auch in der alten Musik haben, hinzunehmen werden, ob da schon was geplant ist, ob es da schon geknüpfte Bande gibt.

Eine Frage, die noch offen blieb – Herr Wesener hat schon viele Fragen auch für das Haus gestellt –: Sie haben auch einen Schwerpunkt auf die Nutzung von digitalen Medien gelegt. Planen Sie da, um etwas für den Tourismus und auch für die Berlinerinnen und Berliner zu tun, z. B. Übertragungen auf den neben der Oper gelegenen, sehr schönen Bebelplatz? Gibt es da etwas, worüber Sie schon nachgedacht haben? – Ansonsten kann ich mich den guten Wünschen nur anschließen und auch der Bitte, Ihrem Vorgänger herzliche Grüße zu übermitteln. Dann sind wir mal gespannt auf die nächsten Jahre mit Ihnen.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Frau Kittler! – Jetzt ist Herr Dr. Juhnke dran. – Bitte!

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrter Herr Schulz! Vielen Dank für Ihren Vortrag! Sie nehmen alle guten Wünsche von uns mit, vor allem für Ihren Start im Frühjahr. Sie haben hier völlig zu Recht die Finanzierung angesprochen. Das ist auch das richtige Gremium, wo man das macht. Deswegen finde ich es gut, dass Sie gleich auch die unangenehmen Themen streifen. Sie können sicher sein, dass Sie bei uns eine Unterstützung haben, auch für die Flaggschiffe der Berliner Kultur. Dazu gehört die Opernstiftung, dazu gehört insbesondere die Staatsoper. Ich denke, das sollte man auch mal klar darlegen. Sie haben ja nicht nur in Berlin Freunde, sondern auch im Bund, und ich denke, in dieser Phalanx sollte es uns gemeinsam gelingen, für die Zukunft eine Basis zu schaffen.

Die Basis für die Zukunft wollen Sie auch mit der Digitalisierung legen. Ich glaube, das ist ganz entscheidend, denn da geht es ja nicht nur um irgendeinen Internetauftritt oder irgendeine Social-Media-Aktivität, sondern wenn Sie dort nicht auftreten, dann sind Sie praktisch nicht existent für viele. Ich glaube, das ist das Entscheidende. Deswegen kann ich Ihnen da nur eine Ermunterung aussprechen. Wenn man sich anguckt, was bei den Philharmonikern beispielsweise passiert, dann sind das Dinge, die da zukunftsweisend sein können. Wenn Sie sich diese Dinge vielleicht ein bisschen als Vorbild genommen haben oder gemeinsam kooperieren – ich glaube, da gibt es durchaus das eine oder andere, was man machen kann.

Sie haben schon zu den Ergebnissen des Umbaus einiges gesagt. Ich will auch gar nicht im Detail nachfragen. Da gibt es ja nicht nur die Nachhallzeit, sondern auch viele neue Sachen, die jetzt in der Erprobung sind, das unterirdische Bauwerk usw. Meine Frage wäre: Wann ist eventuell damit zu rechnen, dass diese Lernkurve erreicht ist? Wann können wir davon reden, dass man das jetzt voll unter Kontrolle hat und dass, wie Sie es so schön als Bild beschrieben haben, die Mitarbeiter die Fähigkeit haben, diesen 500-PS-Boliden zu steuern? Das wäre ganz spannend.

Das korrespondiert damit, dass Sie dann die volle Klaviatur nutzen können und sich das vielleicht im Spielplan niederschlägt. Zu Anfang, so habe ich es verstanden, werden vielleicht auch Stücke aufgeführt, wo der technische Aufwand in beherrschbaren Grenzen ist, später wird er ein bisschen steigen. Da ist meine Frage: Welche Konsequenzen hat das für die Stückeauswahl? Ich habe Ihren Hinweis zu Mozart eher auf die Geschichte und den Entstehungszeitpunkt des Hauses bezogen verstanden, aber nicht unbedingt auf die technischen Gegebenheiten. Manchmal wird ja der Vorwurf erhoben, man beschränke sich auf die sehr beliebten Opern – um jetzt nicht das Wort „ABC-Waffen“ zu verwenden –, auf die, die jeder kennt. Die unkonventionellen Dinge werden ja gespielt – Sie sagten, Sie wollen das auch machen –, aber die verschwinden bisweilen nach relativ wenigen Vorstellungen aus dem Spielplan. Wie stellen Sie sich vor, wie das unter Ihrer Ägide in der Zukunft laufen soll?

Es gab in der Vergangenheit auch die eine oder andere Kritik bezüglich längerer Tourneereisen, die vom Ensemble unternommen wurden. Wie gestaltet sich das nach Ihrer Auffassung? Welche Stellung beziehen Sie dazu? Eine Frage zu „altes Haus in neuem Glanz“: Welche Konsequenzen erwarten Sie für die Zusammensetzung des Publikums? Was wollen Sie steuern, und was für Konsequenzen hat das für Ihr Programm? Nicht zuletzt würde mich interessieren: Wie arbeiten Sie mit Ihrem unmittelbaren Hausnachbarn, der Barenboim-Said-Akademie zusammen? – Danke!

Vorsitzende Sabine Bangert: Herzlichen Dank, Herr Dr. Juhnke! – Herr Schweikhardt hat jetzt das Wort.

Notker Schweikhardt (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Herr Schulz! Ich würde mich auf einen einzigen Aspekt fokussieren wollen, weil ich den ganz spannend finde. Sie hatten gesagt, dass Sie stärker ins Digitale gehen wollen, um die Zuschauer zu gewinnen. Das bekannteste Beispiel ist sicher die Metropolitan Opera, die aber deutlich über 10 Millionen pro Jahr dafür ausgibt, um das technisch umzusetzen. Letztlich profitiert sie, weil das weltweit 60 Millionen Umsatz in den Kinos macht und sie die Hälfte davon kriegt, sodass, wenn sie die Rechte bezahlt hat, über 10 Millionen übrigbleiben. Wir werden ja nicht auf so einem Niveau einsteigen können, und ich weiß auch nicht, inwieweit an eine Refinanzierung über Übertragung etwa in Kinos gedacht ist. Ist das nicht der Fall, dann kostet das ja sehr viel Geld. Wie ist das eingepreist?

Das Zweite ist: Auch in New York geht man davon aus, dass man damit nicht einen einzigen Zuschauer mehr ins Haus bekommt, sondern einfach einen zusätzlichen Zuschauerraum weltweit in den Kinos generiert. Da würde mich interessieren, wie Sie es schaffen wollen, die Leute darüber ins Haus zu locken. – Danke!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Schweikhardt! – Herr Kluckert hat jetzt das Wort.

Florian Kluckert (FDP): Vielen Dank! – Auch im Namen der FDP möchte ich mich ganz herzlich bedanken, zum einen für den Vortrag gerade, aber auch dafür, was Sie da in letzter Zeit an Arbeit reinstecken mussten mit dem Umzug. Wir haben schon das Gefühl, es hat ganz gut funktioniert mit dem Umzug. Dass es am Anfang in einem neuen Haus Probleme gibt, das ist klar. Herr Wesener, gestatten Sie mir die Spitze: Bei 400 Millionen Euro erwarten Sie, dass das Licht ausgeht. Am BER wurden bereits 6,5 Milliarden Euro verbaut, da wäre es schön, wenn das Licht mal angeht. – Aber nur so viel dazu. Ich glaube, das sind Sachen, die Sie in den Griff bekommen werden. Ich habe Fragen, erst mal zu der Auslastung. Können Sie mir etwas über die Auslastung sagen – gerade so ein neues Haus zieht ja auch viele neue Leute rein –, ob die den Erwartungen entspricht oder wie hoch sie ist, auch in Bezug auf den Vorverkauf?

Die nächste Frage wäre – Sie haben gesagt, Sie möchten auch ganz gerne Menschen in die Oper ziehen, die sich die Oper normalerweise nicht leisten können –, ob es da irgendwelche Konzepte gibt, vielleicht gerade Leuten, die nicht unbedingt den Berlin-Pass haben, aber selber nicht sehr viel verdienen wie die Krankenschwester, die Pflegekraft, auch den Besuch dieses Hauses zu ermöglichen und es zu öffnen.

Das Letzte ist vielleicht keine Frage, sondern eine Anregung. Ich wollte neulich Karten für die Staatsoper kaufen und habe gedacht, dass das ja eine Stiftung ist und dass ich sie auch in der Deutschen Oper kaufen kann, aber das hat nicht funktioniert. Vielleicht kann man sich da noch besser vernetzen, sodass man für den Kauf der Karte nicht unbedingt immer in das Haus fahren muss, wo man die Aufführung besuchen möchte.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Kluckert! – Herr Jahnke ist jetzt noch dran. – Bitte schön!

Frank Jahnke (SPD): Auch von unserer Seite vielen Dank für die ausführliche Darstellung dessen, was Sie vorhaben! Einen Punkt will ich wiederholen – ich hatte das vorhin angesprochen, es hat bei meinem Kollegen Juhnke am Ende auch eine Rolle gespielt –: die Kooperation mit der Barenboim-Said-Akademie, die Nutzung des Pierre-Boulez-Saals. Es gab ja in der Presse gelegentlich schon solche Zuspitzungen: Na, wer die ganze East-West-Geschichte geglaubt hat, ist ja schön naiv. Im Grunde genommen haben wir ja hier etwas, was nah bei der Staatskapelle liegt – im wörtlichen Sinne – und dort auch stärker genutzt werden könnte. Das ist natürlich alles Polemik. Aber zumindest gäbe es im Unterschied zu den anderen Institutionen in räumlicher Nähe, die Sie nannten – Gorki-Theater, Humboldt-Forum, ja gut, mit denen sind Sie auch ziemlich in einem Dreh –, zur Barenboim-Said-Akademie, nehme ich mal an, auch noch eine andere Nähe.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Jahnke! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. – Dann haben Sie, Herr Schulz, jetzt die Möglichkeit zu beantworten. Es waren viele Fragen.

Matthias Schulz (Ko-Intendant und ab März 2018 Intendant der Staatsoper Unter den Linden): Vielen Dank zunächst, auch für die Wünsche! Ich fühle mich in Berlin sehr willkommen. Als ich das erste Mal für das Gespräch zum Schluss beim Regierenden Bürgermeister war – also Müller – Schulz, das hört sich auch eher wie ein Fake-Termin an, wenn ich das sage – [Heiterkeit] –, habe ich ihn so gefragt: Und, gibt es Ressentiments gegen Bayern hier in Berlin? –, und da hat er so gesagt: Ja. – Das war so das erste Mal. Nein, er hat es – – Nein, ich kann es überhaupt nicht bestätigen, und wir fühlen uns da alle extrem wohl, und das bestätigt sich hier umso mehr.

Ich wollte nur ganz kurz etwas zu dem sagen, was Herr Wesener angesprochen hat, was dieses strukturelle Defizit betrifft. Nach meinem Wissen wusste man in der Vergangenheit, auch als ich am Schillertheater war, dass man einen Teil der Rücklagen aufbrauchen muss, weil man nur 1 000 Sitzplätze hat und die Einnahmen einfach nicht ausreichen können. Man sieht aber daran auch, wie Sie zu Recht sagen, dass es da jetzt kein großes Polster im Rücken gibt, das man für die nächsten Jahre hat, und, wie Kultursenator Lederer schon zu Recht gesagt hat, muss man jetzt einfach mal sehen, wie die Entwicklung ist, was mit den Betriebskosten wirklich ist. Wir rechnen da mit rund 1,3 Millionen Euro. Gerade da ist auch, mal abgesehen von dem Realen, dieses psychologische Moment wichtig, auch wenn wir private Förderer suchen, dass wir die nicht suchen, um den Strom zu bezahlen usw. Das ist natürlich etwas, was für uns da sehr wichtig ist. Im Moment rechnen wir da mit rund 800 000 Euro, die in den nächsten Jahren vielleicht dauerhaft zu erwarten sind. Aber, wie gesagt, man muss das jetzt mal abwarten, und dann freue ich mich natürlich, wenn ich höre, dass wir in aller Offenheit und sehr direkt darüber sprechen können, was damit ist.

Was den Bau betrifft, ist es noch mal sehr wichtig zu sagen – was Sie, Herr Wesener angesprochen haben –: Natürlich ist uns sehr bewusst, dass in einem Haus, das 400 Millionen Euro gekostet hat – das ist für uns auch gleichzeitig Anspruch –, auch was sein muss, was stattfinden muss, das hat auch eine Verpflichtung zur internationalen Strahlkraft. Was Sie sagen, ist für uns, was den Bau betrifft, von enormer Wichtigkeit, was die Mängelbeseitigung betrifft, was aber auch betrifft, dass Firmen jetzt den Prozess noch begleiten. Wir hatten ja z. B. keinerlei Zeit, wie ich schon gesagt habe, wirklich das Haus zu erlernen, also die Bühnentechnik zu erlernen. Da gibt es z. B. diese Firma Waagner-Biro, die das gemacht hat. Die ist jetzt dabei, und das ist bitterst notwendig, ohne das wird es nicht gehen.

Es gibt da auch Absprachen mit der Senatsbauverwaltung, dass diese Firmen – das Inspizientenpult geht z. B. noch nicht, die Telefonanlage ist noch nicht so in Betrieb, wie sie in Betrieb sein sollte und lauter solche Dinge –, die dahinterstehen, uns auch nach wie vor zur Verfügung stehen, und zwar nicht nur für die reine Fertigstellung, sondern dann auch begleitend fürs Erlernen, also dass auch die Schulungen noch entsprechend stattfinden können. Da bitte ich sehr um Verständnis, dass wir diese Vorbereitungszeit in dem Sinne nicht hatten. Dann ist es für uns natürlich genauso wichtig, dass die Mängelbeseitigung mit Nachdruck weitergeht, dass sich niemand, wenn man schon diese 400 Millionen Euro ausgegeben hat, an Unfertiges gewöhnt, sondern dass wir den Druck alle zusammen hochhalten, um das wirklich zu dem Juwel zu machen, das sich jetzt andeutet und das Berlin auch verdient.

Vielen Dank auch für Ihren Hinweis, was „Poppea“ betrifft! Ich habe es auch als sehr toll empfunden. Das ist ein Beispiel, wo wir die richtige Form gefunden haben, dass man die

Bühnentechnik noch nicht so massiv braucht, aber doch mit dieser großen goldenen Wand, die so eine Sogwirkung entwickelt hat, einfach sehr viel Wirkung erzeugt hat.

Mich als Vater von vier Töchtern brauchen Sie nicht zu überzeugen, dass wir auch weiblichen Spitzenkräften für die Zukunft eine gute Plattform bieten. Auch da bitte ich um etwas Geduld, aber es ist für mich sehr wichtig, da eine neue Generation zu finden, und man wird auf jeden Fall einige Namen in den Programmen wiederfinden, und das ist mir ein wesentliches Anliegen.

Wenn ich weitergehen darf zu Ihrer Frage, was die Barocktage betrifft – da ist es so: Wir haben ja bei den Barocktagen z. B. AKAMUS. In den letzten Jahren hat schon immer wieder ein Festival stattgefunden, und das wird noch stärker der Fall sein. Im November 2018 wird AKAMUS eine wesentliche Opernproduktion und zwei Konzerte spielen, und darauf freue ich mich sehr. Es wird aber auch noch ein anderes Projekt geben, das etwas experimenteller ist, dass dann im Apollosaal sein soll, wo auch Berliner Musiker involviert sein werden, auch Berliner Tänzer. Da auch die Kräfte vor Ort zu verwenden, das ist etwas, was sehr toll ist. Ich nehme hier, wenn ich das so sagen darf, immer wieder diesen Hauptstadteffekt noch relativ stark wahr, dass hier in der Stadt so viele da sind. Das ist ein toller Vorteil, den es zu nutzen gilt, was wir speziell bei den Barocktagen auch machen werden.

Sie sprachen noch die Übertragungen auf den Bebelplatz an. Wir haben ja die „Staatsoper für alle“, was selbstverständlich weitergehen kann. Beim letzten Mal waren ja wieder 45 000 Menschen da. In Zukunft wird es auch wieder möglich sein – in den letzten sieben Jahren war es das so nicht –, dass zu diesem Konzert eine Liveübertragung einer Opernproduktion auf den Bebelplatz kommt. Zudem möchte ich am Saisonende, immer vielleicht die erste Juliwoche mit zwei Wochenenden davor und danach, „Bebelplätzer Opernächte“ machen, wo man eine Leinwand hat, wo sich hoffentlich ein paar Hundert Leute zusammenfinden, auch Leute, die vielleicht zufällig vorbeikommen. Ich habe das andernorts schon mitgemacht und weiß, wie so was funktioniert. Ich glaube, das ist eine Gelegenheit, auch noch mal eine Saison Revue passieren zu lassen, vielleicht wichtige Aufnahmen, Dokumentationen, die wir dort gemacht haben, noch mal als Übertragungen zu zeigen. Da sollte auch eine vom Ballett dabei sein, ein Konzert dabei sein. Ich glaube, das könnte auch eine sehr sympathische Sache sein, die ich da sehr gerne machen würde.

Was die Lernkurve betrifft, die Sie ansprachen – vielen Dank auch noch mal für all Ihre Worte! –: Ich habe letztes z. B. eine Sitzung mit sämtlichen Abteilungsleitern der Technik gehabt, und ein Teil der Frustration, die aktuell besteht, wenn es die gibt, hat damit zu tun, dass man oft nicht die Qualität in allen Bereichen anbieten kann, die man normalerweise gewohnt ist, wo man ein paar Abstriche machen muss, wo man weiß, dass es durchaus Dinge gibt, die der Zuschauer – wenn er es nicht sieht, ist es sowieso gut – jetzt noch erkennen kann und die vielleicht nicht so sind, wie man es normalerweise von der Staatsoper gewohnt ist. Ich sage aber auch, darüber darf sich jetzt niemand wundern. Ein Stück weit muss man verstehen, dass diese Spielzeit eine des Inbeschlagnehmens ist. Das wird auch im nächsten Jahr noch weitergehen, weil auch im nächsten Jahr fast alle Repertoirestücke, die wir dort spielen, noch nicht dort stattgefunden haben. Die müssen erst adaptiert werden, passend gemacht werden usw.

Deswegen bin ich trotz allem, was man da machen kann, was man vielleicht auch strukturell verändern muss – Prozesse, wo man sich anschauen muss, wie sie funktionieren, der Koordi-

nationsaufwand, der deutlich gestiegen ist, den man sich anschauen muss –, doch sehr zuversichtlich, dass wir ab der Spielzeit 2019/20 rundlaufen und einigermaßen normal laufen. Wenn man die Vorausplanungen im Opernbereich sieht – ich musste mit 2018/19 ja schon in die Vollen gehen und dann schon in Richtung 2019/20, 2020/21 –, merkt man, wie sich da so ein gewisser Rhythmus herausbildet und wie man, wenn man genug Vorausplanung hat, auch noch genau die Leute bekommt, die man da möchte. Mit dem Spielplan 2018/19, den wir jetzt Mitte März bekannt geben werden, bin ich hundertprozentig glücklich. Aber es gibt gewisse Prozesse, die brauchen einfach ein bisschen, und das ist auch ganz normal.

Für mich ist es sehr wichtig, das Repertoire zu stärken, also Produktionen zu haben, die wir auch lange spielen können. Wir sind ja so ein Haus, wo man sagt, ca. ein Drittel der Aufführungen sind Neuproduktionen oder Aufführungen, die aus Neuproduktionen kommen, und zwei Drittel sind Sachen, die aus dem Repertoire kommen, wo wir Stücke aus den letzten Jahren wiederbeleben. Das ist eine gute Mischung und auch die richtige Mischung für uns. Wir agieren da ein bisschen anders als ganz klassische Repertoirehäuser wie in Wien z. B., die pro Jahr bis zu 70 unterschiedliche Serien und 55 unterschiedliche Titel haben. Unser System gibt uns die Möglichkeit, da ein bisschen flexibler zu sein, trotzdem eine substanzielle Anzahl von Vorstellungen anzubieten und dann auch dem berechtigten Interesse für Neues zu begegnen. Aber dieses Repertoire zu stärken und aufzubauen, das ist ein sehr wesentlicher Punkt.

Für die Tourneen möchte ich unbedingt eine Lanze brechen. Wir schauen – das, was wir hier in Berlin machen, hat natürlich absolut Vorrang –, dass die Staatskapelle hier und da ein Gastspiel nach außen machen kann, so wie es z. B. in der Carnegie Hall war, wo jetzt sämtliche Bruckner-Symphonien in elf Tagen aufgeführt wurden. Es gibt kein zweites Orchester innerhalb von 15 oder 20 Jahren, das so einen Schwerpunkt dort hatte, und es ist letztendlich für das Orchester, für die Staatskapelle, die eines der drei ältesten Orchester der Welt ist, von enormer Bedeutung. Wenn man jetzt z. B. die Barocktage sieht, dann können wir AKAMUS einladen und auch mit Gastorchestern arbeiten. Das versuche ich auch sehr, auf einen Punkt hinzubringen, aber in der Zeit hat dann auch die Staatskapelle die Möglichkeit, auf Tournee zu gehen. Es ist auch ein geübtes Verfahren, das in den letzten Jahren so war. Aber ich glaube, was wir da außen erleben, wie man dann auch für unsere Institution außen Werbung machen, den Kontakt halten kann zu all diesen wichtigen Veranstaltern – wir sind auch immer wieder sehr präsent in Wien, Paris und London, das waren wir die letzten Jahre und sind es sehr regelmäßig –, damit können wir immer zusammenhängend auf unsere Institution hinweisen, und ich halte das für wichtig.

Was das Publikum betrifft, ist es so, dass ich mir natürlich Vielfalt wünsche. Ich glaube, im Schillertheater hat man doch gesehen, dass sich das Publikum ein Stück weit regionalisiert hat. Jetzt sind automatisch die Reiseveranstalter zurück. Ein Wunsch wäre, dass man ein Drittel internationales Publikum, ein Drittel nationales Publikum, ein Drittel Berliner Publikum hat, eine große Mischung, aber auch, dass man die unter 26-Jährigen in Kontakt bekommt mit dem, was man macht, dass man sie mit diesem positiven Virus infizieren kann. Es ist ganz normal, dass Leute meiner Generation nicht ständig in die Oper gehen können. Das sind ganz natürliche Dinge, da ist auch nichts falsch dran, aber wenn vor dieser Zeit, also schon als Schüler, als Jugendlicher nicht mal der Kontakt hergestellt wurde, dann gibt es meistens ein Problem. Dann sind die später ganz schwer dafür zu begeistern, und es ist schwer, das Feuer zu entfachen. Da gilt es für uns, das Publikum nicht einfach als gegeben hinzunehmen, sondern auch am Publikum zu arbeiten. Ich habe auch schon im Haus gemeinsam mit Ronny Un-

ganz, unserem geschäftsführenden Direktor, gesagt, dass wir Marketing und Vertrieb bewusst voneinander trennen, dass wir strukturell dem Vertrieb die Möglichkeit geben, mit voller Energie in solche Fragen gehen zu können, also dass man sich solchen Dingen widmen kann, weil das für uns eine sehr wichtige und letztendlich nicht nur eine rein betriebswirtschaftliche Notwendigkeit ist, damit das Haus die richtige Atmosphäre entwickeln kann.

Was das Digitale betrifft, da haben Sie die New York Met angesprochen, den Peter Gelb, also den aktuellen Intendanten. Dazu gibt es viel Austausch. Diese Aktion mit den Kinos ist aller Ehren wert. Sie haben recht, es sind rund 600 000 Dollar, die er privat dann auch gefunden hat, es ist auch mittlerweile so, dass sich das über die Jahre so entwickelt hat, dass sogar Geld zurückkommt für ihn – also inklusive dieser Sponsoren. Was er, glaube ich, nicht tun sollte – darüber haben wir diskutiert –, ist, dass er Kinovorstellungen im Speckgürtel von New York anbietet. Alles, was darüber hinaus ist, ist gut, aber er macht das sozusagen auch als echte Konkurrenz. Auf der anderen Seite muss man sagen, dass die New York Met zum Teil mit der Auslastung ihre Schwierigkeiten hat, liegt nicht an den Kinoübertragungen – das wird auch oft behauptet –, sondern da gibt es vielleicht auch noch ganz andere Gründe, auch Bildungsgründe usw.

Wir wollen einfach jetzt mal so ein Paket haben, rund zehn Streams und zwei herkömmliche Produktionen, das heißt, nicht flächendeckend, denn es gibt auch viele Opernproduktionen, die sich gar nicht so sehr für diese Art von Übertragungen eignen, und dann halte ich nichts von einem digitalen Opernhaus, wo man einfach alles macht, sondern man sollte eine zielgerichtete Auswahl haben, sodass man auch wirklich eine Begeisterung dafür wecken kann. Mit so einem überschaubaren Paket muss man dann sehen. Wir werden das ja mit Partnern machen. Also wenn man auch konventionell was macht, ist es das Ziel – – Man bekommt da ja auch ein bisschen was. Zum Geldverdienen ist das heute leider nicht mehr. Sie kennen die Situation, was die Künstlerrechte betrifft. Das ist ein sehr schwieriger Prozess, aber ich rechne mit rund 300 000, 400 000 Euro, die man brauchen wird, um diese ganzen Vorhaben dauerhaft so etablieren zu können, wie wir das machen. Da gilt es zu schauen, dass man private Förderer findet und dass man es dann auch mit Partnern im Medienbereich macht, die von sich aus bereit sind, da mitzuwirken.

Was die Auslastung betrifft, ist es so: Wir haben gerade die Feststellung gemacht, dass wir übers Kalenderjahr rund 94 Prozent Auslastung hatten. Seitdem wir wieder hier im Haus sind, sind wir so gut wie ausverkauft, oder man kann sagen: ausverkauft. Also den Effekt des Hauses gibt es eindeutig. Wir müssen uns schon anstrengen, so ist es auch. Wir hoffen natürlich, dass das Interesse noch lange anhält, aber es ist auch unsere Verantwortung, das Haus in bester Weise zu bespielen, damit die Begeisterung so groß bleibt. Noch wichtiger als so ein Anfangshype ist für mich, dass das dauerhaft stark bleibt, und dahingehend versuchen wir, tätig zu werden.

Was Konzepte des Zugänglichmachens betrifft, ist es schon sehr wichtig. Die BerlinCard gibt es, es gibt diese Angebote für unter 26-Jährige. Ich bastele auch gerade an so einem Angebot, das „Opernflatrate“ heißt, das auch für Jugendliche ist, denn das ist genau das, was ich beschrieben habe: Gerade bei dieser Zielgruppe ist es wichtig, überhaupt mal diesen Kontakt herzustellen. Dieses „Konzert für Berlin“ gemeinsam mit Herrn Lederer war ein wichtiger Anfang, um Kontakte herzustellen, die noch mal Leute ins Haus bringen, die nicht einfach so

gekommen wären. Da müssen wir einfach gemeinsam weiterdenken. Das ist für uns etwas sehr Wichtiges.

Ich darf in dem Zusammenhang auch sagen, dass z. B. der Musikschulkongress am 19. Mai 2019 bei uns im Haus stattfinden wird, und auch solche Dinge, die wir ins Haus lassen und ganz bewusst ins Haus geben, um diese Offenheit zu zeigen, sollen helfen, diesen Kontakt herzustellen. Dann muss ich auch schon dafür werben, dass letztendlich die Preise, die wir anbieten, am Ende auch im Vergleich zu manchem Popkonzert, auch zu Kinokarten, wenn man sieht, was man da kriegt, durchaus immer wieder erschwinglich sind. Über ein Drittel der Karten liegt deutlich unter 50 Euro, und da müsste ich auch mal für mich so ein paar griffige Argumente zusammensuchen. Oper ist erschwinglich und auch bei uns im Haus erschwinglich. Das darf man auch nicht vergessen, wenn man da jetzt die Gesamtrechnung aufmacht.

Wichtig war noch der Boulez-Saal, die Frage ist gekommen. Wir fühlen uns da gewissermaßen geschwisterlich verbunden. Wir sind beide hinter der katholischen Kirche. Die Staatskapelle hat einen kompletten Schubert-Zyklus zur Eröffnung des Saals gespielt. Wir haben jetzt auch in dieser Übergangsphase nach dem 3. Oktober noch drei Konzerte dort mit der Staatskapelle gemacht mit einem Programm, das die Staatskapelle normalerweise nicht macht, wo wir auch drei jüngere Dirigenten eingeladen haben, um da noch mal die Beziehungen zu festigen oder auch auszuprobieren. Z. B. werden, was die Barocktage betrifft, gewisse Konzerte dort stattfinden. Wir haben auch in Zukunft vor, das eine oder andere Experimentellere von uns aus dort zu machen, also so einige Veranstaltungen, die da aus unserer Sicht Sinn machen.

Ich glaube auch, dass für den Boulez-Saal am Ende, wie man gerade letztes Wochenende wieder gesehen hat, sehr wichtig ist, dass man diesen Akademiegedanken so viel wie möglich befördert, denn dann zeigt der Boulez-Saal, dass er eine Erweiterung ist zu dem, was es in Berlin ohnehin gibt. Und mit diesem Akademiegedanken, wo z. B. sämtliche Schubertlieder jetzt über die nächsten Jahre gezeigt werden, wo dann auch die Künstler entsprechende Meisterkurse anbieten – es sind auch Staatskapellenmusiker, die dort Kurse anbieten oder dort unterrichten –, wenn es dann so läuft und diese Art von Synergien geben kann, ist es, glaube ich, richtig. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sabine Bangert: Wir danken Ihnen, Herr Schulz! – Gibt es noch Nachfragen an Herrn Schulz? – Kurz bitte, weil wir noch eine Anhörung haben im Anschluss! – Das ist nicht der Fall. Dann bedanke ich mich sehr herzlich im Namen meiner Kollegen bei Ihnen. – [Allgemeiner Beifall] – Sie haben uns Lust auf die Staatsoper Unter den Linden gemacht, und wir sehen uns bestimmt bald wieder. Vielen herzlichen Dank! Für heute sind Sie dann entlassen sozusagen.

Matthias Schulz (Ko-Intendant und ab März 2018 Intendant der Staatsoper Unter den Linden): Vielen Dank!

Vorsitzende Sabine Bangert: Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir wie üblich den Besprechungspunkt vertagen bis zum Vorliegen des Wortprotokolls. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann machen wir das so.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Zur Situation der Berliner Musikschulen

(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen)

[0061](#)

Kult

Hierzu: Anhörung

Vorsitzende Sabine Bangert: Ich begrüße sehr herzlich die Anzuhörenden, wie immer in alphabetischer Reihenfolge: Herr Chris Berghäuser ist heute in seiner Funktion als Vorsitzender des Musikschulbeirats bei uns. Dann begrüße ich Frau Annette Breitsprecher, Landeslehrerververtretung der Berliner Musikschulen e. V. Ich begrüße Frau Bezirksstadträtin Clara Herrmann, in Friedrichshain-Kreuzberg zuständig für Finanzen, Umwelt, Kultur und Weiterbildung, sowie Frau Bezirksstadträtin Jutta Kaddatz, im Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg für Bildung, Kultur und Soziales zuständig. Ich begrüße Frau Anna Barbara Kastelewicz, sie ist Geschäftsführerin der Agentur „music in progress“, und ich begrüße last but not least Frau Franziska Stoff, die Generalsekretärin des Landesmusikrates Berlin e. V. Ihnen allen ein herzliches Willkommen! Ich begrüße zudem von der Senatsverwaltung für Finanzen Frau Simone Mayr. – Wollen Sie nach vorne kommen? Vielen Dank, dass Sie es so kurzfristig ermöglichen konnten!

Ich gehe davon aus, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ebenfalls ein Wortprotokoll gewünscht ist. – Das ist der Fall. Dann verfahren wir so. Ich möchte Sie, bevor wir zu den Stellungnahmen kommen, daran erinnern: Die Anzuhörenden haben ja freundlicherweise nahezu alle eine schriftliche Stellungnahme abgegeben, die Ihnen auch vorliegt. Angesichts der Zeit würde ich die Anzuhörenden bitten, wirklich in den vorgegebenen fünf Minuten zu bleiben. Ich werde streng darauf achten, weil wir auch noch viele Fragen an Sie haben und das alles abarbeiten wollen. – Dann kommen wir zur Begründung des Besprechungsbedarfs. – Bitte, Frau Kittler!

Regina Kittler (LINKE): Danke! – Ich freue mich erst mal, dass wir heute in dieser Runde zusammenkommen. Ich hoffe auch, dass Sie merken, wie wichtig uns dieses Thema ist, dass wir also so frühzeitig in unserer Legislatur diese Anhörung machen. Es ist uns allen ein Anliegen, und die Koalition hat ja auch im Koalitionsvertrag entsprechende Zielstellungen gesetzt. Ich glaube, wir sind schon auf einem ganz guten Wege.

Ein Punkt ist, dass wir gerade von einem der bedeutendsten Häuser in unserer Stadt gehört haben, wie wichtig die Zusammenarbeit mit den Musikschulen ist. Wir alle wissen, wie wichtig es auch ist, dass die Musikschulen für den Nachwuchs sorgen, natürlich auch für den hochqualifizierten, der dann vielleicht mal in der Staatsoper spielen kann. Das lebenslange Lernen ist uns ein besonderes Anliegen, und dem werden Sie in den Musikschulen gerecht. Uns ist auch die Stärkung der bezirklichen Kulturarbeit besonders wichtig, natürlich mit Mindeststandards. Wir wissen, dass es hier noch was zu tun gilt, und wir werden uns hier – das haben wir mit dem Doppelhaushalt gezeigt – besonders auch für die finanzielle und personelle Ausstattung einsetzen.

Wir wissen um die Schwierigkeiten, die insbesondere die Beschäftigten in den Musikschulen zu bewältigen haben. Die soziale Sicherung ist uns ein besonderes Anliegen. Einen ersten Schritt sind wir jetzt mit dem Doppelhaushalt gegangen in Richtung 20 Prozent Festangestellte, weil wir der Meinung sind, dass das zukünftig – natürlich auch mit einer Verbesserung der Honorarsituation – dazu beitragen kann, dass die Beschäftigten wirklich von dem Leben können, wofür sie leben, und viele leben wirklich für die Musikschule, das weiß ich. Über die Probleme, die wir noch an den Musikschulen haben, werden wir heute reden. Uns ist besonders wichtig, dass wir sie von Ihnen erfahren und mit Ihnen gemeinsam nach Lösungen suchen. Insofern sind wir auch gespannt auf die Lösungsvorschläge, die Sie machen werden, und nicht nur auf eine Situationsbeschreibung. – Das soll erst mal genügen, denke ich.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Frau Kittler! – Bevor ich Ihnen das Wort erteile, hat Kultursenator Dr. Lederer zunächst die Möglichkeit, eine Stellungnahme abzugeben.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa): Ich werde gleich an meinen Kollegen, Staatssekretär Torsten Wöhlert, übergeben, weil ich mich gleich verabschieden muss. Frau Vorsitzende hatte mich schon entschuldigt, nicht aufgrund eines Termins, den ich mir selber gesucht habe, sondern aufgrund eines Termins, zu dem ich eingeladen bin und über dessen Festlegung ich demzufolge keine Hoheit hatte. Aber ich will nicht ignorant sein. Das Thema ist uns enorm wichtig. Aus unserer Verwaltung haben auch noch Herr Dietrich und Herr Schmock-Bathe hier vorne Platz genommen, die bei uns in der Verwaltung die Experten bei der politischen Begleitung dieser Prozesse sind. Die Kulturverwaltung will ja ihre fachliche Zuständigkeit für den Musikschulbereich stärker wahrnehmen als in der Vergangenheit.

Ich wollte die Gelegenheit nutzen – zu den Details wird Herr Wöhlert etwas sagen –, um zu sagen: Es gibt noch einen Haufen Probleme, keine Frage, Funktionsstellen, Softwareprobleme, Wartelisten, die soziale Absicherung im Honorarbereich und, und, und. Das ist uns alles klar, trotzdem finde ich, dass jetzt ein Zeitpunkt erreicht ist, an dem ich auch mal danke sagen will, und zwar denjenigen, die sich engagiert haben, um das Thema auf die Tagesordnung zu setzen, und auch an die Abgeordneten hier im Abgeordnetenhaus, die es möglich gemacht haben, dass wir gegenüber jahrelangem Stillstand substanziell vorangekommen sind. Das war nicht selbstverständlich. Es war auch nicht selbstverständlich, dass wir diesen Schritt jetzt gleich am Anfang gehen, denn auch ein Koalitionsvertrag gilt für fünf Jahre und nicht für ein Jahr. Wie gesagt, ungeachtet aller Probleme und Herausforderungen, die noch zu stemmen sind, ist dies schon ganz beachtlich. Allen Beteiligten mein Dank dafür, dass wir das hinbekommen haben! – [Allgemeiner Beifall] –

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Dr. Lederer! – Dann hat Herr Dr. Wöhlert das Wort.

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa): Frau Vorsitzende! Liebe Anzuhörende! Ich will gleich anschließen und mich, da die Zeit knapp ist, auch möglichst knapp fassen. Wir haben eine Zielstellung, die im Koalitionsvertrag formuliert ist, mit den 20 Prozent festangestellten Musikschullehrern. Wir haben das Ziel, die Angebote, die die Musikschulen in der Stadt machen, über dieses andere Ziel nicht aus dem Auge zu lassen, nicht zu verringern, sondern nach Möglichkeit zu steigern und das Ganze auch noch für die, die den Musikschulunterricht wahrnehmen wollen, zu einem angemessenen Preis vorzuhalten.

Ich will nur in drei, vier Punkten kurz schildern, wie sich das nach dem ersten Schritt oder den ersten anderthalb Schritten, von denen bis jetzt die Rede gewesen ist, darstellt, auch weil wir es dann vielleicht in der Anhörung abgleichen können mit dem, was Sie uns zu berichten haben, sodass Sie dann vielleicht schon eine Ahnung haben, wo auf unserer Seite ein entsprechendes Problembewusstsein jetzt schon da ist. Das Ziel der 20 Prozent wurde in einem längeren Prozess in sogenannten Vollzeitäquivalenten ausgedrückt, das waren 105, und dafür wurde ein bestimmter Eurobetrag, knapp über 2 Millionen, in den ersten Runden eingestellt. Es sind dann in einer Korrektur in den letzten Runden der Haushaltsberatungen noch mal 1,2 Millionen Euro obendrauf gekommen, um z. B. solche Sachen noch zu berichtigen, die daraus resultierten, dass die entsprechende Stellenbewertung in den Bezirken mit einer Eingruppierung nach E 6 vorgenommen worden ist, wir aber wissen, dass in den Musikschulen eine Eingruppierung ca. nach E 9 erfolgt ist. Also gab es diese 1,2 Millionen Euro obendrauf, um quasi in der Bezahlung entsprechend nachbessern zu können.

Das ist ein Prozess, der – das ist anfangs gesagt worden – über fünf Jahre gehen soll. Wir haben also mit dem nächsten Doppelhaushalt die Möglichkeit, hier nachzusteuern, eine Evaluierung zu machen, zu gucken, wie weit sind wir nach einem Jahr, anderthalb Jahren, um dann entsprechend, wenn das notwendig sein sollte, noch Korrekturen zu machen.

Zweites Stichwort: Funktionsstellen oder Funktionsanteile. Darüber ist im Vorfeld – das wissen alle Beteiligten – sehr viel diskutiert und gestritten worden. Natürlich braucht eine Musikschule Funktionsstellen, sie braucht Leitungsstellen. Wir werden dann sehen, wie das in den einzelnen Bezirken umsetzbar ist, ob das entsprechend besetzt wird oder ob sich da in der Zukunft ein Delta auftut.

Ein dritter Punkt, der durchaus unmittelbar damit zusammenhängt, den ich hier auch ansprechen will, ist der Versuch, einen Tarifvertrag für die Honorarkräfte in den Musikschulen über die Tarifgemeinschaft der Länder abzuschließen. Das ist jetzt in einem ersten Anlauf noch nicht erfolgreich gewesen. Ich glaube, dass man – zumindest aus fachpolitischer Sicht können wir das sagen – diese Bemühungen noch nicht ad acta legen, sondern durchaus am Ball bleiben sollte. Unabhängig davon ist auf unserer Seite die Bestrebung, über eine Neufassung der AV Honorare hier mögliche Defizite abzufangen.

Der vierte Punkt betrifft die Entgelte. Ich glaube auch, dass wir hier in nächster Zeit weiterhin Regelungsbedarf haben. Die Angebote in den einzelnen Bezirken unterscheiden sich, auch von der Preisgestaltung her. Die jetzige Verordnung hat eine Reihe von Kann-Bestimmungen, gerade auch in der Frage der Zusammenarbeit z. B. mit Kitas und Schulen, wo wir uns gemeinsam darüber verständigen: Was davon soll wirklich eine Kann-Bestimmung sein, und in welchen Teilen wollen wir, dass das durch eine Soll-, Muss- oder Hat-Bestimmung ersetzt wird?

Der letzte Punkt, auch als Ausblick, betrifft das ganze Thema der Räume, das sicherlich von Ihrer Seite auch noch kommen wird. Im Prinzip sind es zwei große Themenkomplexe. Einmal hat das mit der wachsenden Stadt zu tun und den Problemen, die wir im Schulbereich generell haben. Die Schulen werden voller, die Klassen werden größer. Damit werden die Räume für – in Anführungsstrichen – fakultative Angebote wie z. B. Musikschulunterricht eingeschränkter, und das in einer Zeit, wo wir mehr machen wollen. Zweiter Punkt ist der Neubau, dass wir also bei dem avisierten Neubau von Schulen – das gilt für Musikschulen und den gesamten Bereich kulturelle Bildung – auch entsprechend an Raumkapazitäten denken müssen. Das sage ich wissend, dass das nichts ist, was wir übermorgen lösen oder sogar angehen können. Die Baufrage ist eine langfristige Frage. Ich sage es hier abschließend nur, um darauf hinzuweisen, dass wir es zumindest auf dem Schirm haben.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen herzlichen Dank, Herr Dr. Wöhlert! – Dann kommen wir zur Anhörung. Da auch Frau Kaddatz früher weg muss wegen eines Folgetermins, würde ich sie bitten zu beginnen, und dann kommen wir wieder zur alphabetischen Reihenfolge zurück. – Bitte schön, Frau Kaddatz!

Bezirksstadträtin Jutta Kaddatz (BA Tempelhof-Schöneberg): Vielen Dank für die Einladung, dass wir Ihnen aus der Praxis den einen oder anderen Bericht geben können, wie sich die Situation der Musikschulen in unseren Bezirken bzw. in den unterschiedlichen Institutionen darstellt. Zunächst möchte ich Ihnen noch ganz kurz sagen, auch auf die Anregung von

Frau Kittler hin, dass die bezirklichen Musikschulen selbstverständlich auch der breiten Förderung verpflichtet sind. Die Leo-Kestenberg-Musikschule meines Bezirkes hat sich ja bewusst diesen Namen geben, und Leo Kestenberg hatte als Anliegen – ich zitiere das mal –, „das Volk in seiner Gesamtheit zu produktiver Anteilnahme an der Musikentwicklung heranzuführen“. Insofern ist unser Anliegen, ein breit aufgestelltes, sehr niedrigschwelliges Angebot bis hin zur Begabtenförderung zu machen. Ich verhehle nicht – und da haben Sie völlig recht mit Ihrer Beschreibung –, dass in den vergangenen 10, 15 Jahren die Musikschulen tatsächlich stiefmütterlich behandelt wurden in ihrer Ausstattung und in den Bezirken dann eben auch im Rahmen der KLR – wir kommen noch zu dem Thema an sich.

Die im Koalitionsvertrag und in den Regierungsrichtlinien festgelegte Zielsetzung, bis 2018 mindestens 20 Prozent festangestellte Unterrichtende zu beschäftigen, ist aus meiner Sicht ein wertvoller – Ausrufezeichen –, aber ein erster Schritt – Sie haben es selbst eben gesagt, Herr Dr. Wöhlert –, um die kulturelle Bildung in der Sparte Musik voranzubringen. Im Vergleich zu anderen Bundesländern und anderen Städten nehmen wir selbst bei Erreichung dieses Ziels noch keinen Spitzenplatz ein. Ich bin Mitglied des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages und erlebe dort immer wieder, dass die Musikschulen der Gemeinden und der kleineren Städte – ich nenne mal als Beispiel Ludwigsburg mit 93 000 Einwohnern – in der Lage sind, ihre Musikschule mit 100 Prozent Festangestellten zu betreiben. Mein Bezirk hat 346 000 Einwohner, und wir bemühen uns sehr stark, auf die 20 Prozent zu kommen, und freuen uns darüber, ohne Zweifel, aber natürlich schaut man auch auf das Erreichte in anderen Gemeinden und Bundesländern.

Grundsätzlich betrachte ich den Anteil der Festangestellten als einen Beitrag zur Qualitätssicherung. Bei Musikschullehrerinnen und -lehrern handelt es sich in der Regel um Lehrkräfte mit musikwissenschaftlicher Ausbildung, und es darf darüber gestritten werden, ob eine 100-Prozent-Quote im Sinne der Flexibilität eines Unterrichtsangebotes notwendig oder sinnvoll ist, aber grundsätzlich garantiert ein sicherer Anteil Festangestellter auch die Kontinuität des Angebotes.

In meinem Bezirk – jetzt komme ich ganz speziell auf diese Fragen – bedeutet die aktuelle Zielsetzung nach der aktuellen Berechnung eine zusätzliche Anzahl von VZÄ von 12,59 bzw. rund 12,6 Stellen, die über den Durchschnittssatz einer Entgeltgruppe 5 oder 6 mit 50 000 Euro, also 45 000 Euro plus 5 000 Euro Sachmitteln, zu realisieren wären. Wie sind wir vorgegangen? – Wir haben als Erstes ein Interessenbekundungsverfahren bei den im Bezirk Tätigen mit Teilzeitbeschäftigung durchgeführt. Diejenigen, die bereit waren, aufzustocken, ergeben in der Summe 3,73 VZÄ, und die Stellen wurden bereits zum 1. Januar realisiert. Noch offen sind 8,86 VZÄ. Die Ausschreibung ist erfolgt, sie ist jetzt auch im Amtsblatt erschienen. Das Stellenbesetzungsverfahren ist demnach im Geschäftsgang, und mit ersten Stellenbesetzungen rechnen wir ab April – bei Einhaltung aller Fristenregelungen.

Was sind die Folgen? – Der Durchschnittssatz der 50 000 Euro entspricht nicht den Bewertungen von Stellen für Musiklehrerinnen und Musiklehrern nach dem Tarifrecht. Die reichen von E 9 bis E 11. Das heißt, dass die Differenz aus Mitteln des Bezirkes zu erbringen ist, und hierzu werden in meinem Bezirk die Honorarmittel herangezogen mit der Folge, dass die Honorarmittel im Bezirkshaushaltsplan sinken und die Gefahr besteht, dass das Musikschulangebot möglicherweise nicht in voller Höhe aufrechtzuerhalten ist, denn Honorarkräfte arbeiten deutlich preiswerter, als es dann die Festangestellten tun. Der Vergleich zwischen den Jahren

2017 und 2018 zeigt, dass wir 183 000 Euro Honorarmittel verloren haben, und die Ansätze der planmäßig Tarifbeschäftigten erhöhen sich um 986 000 Euro.

Allein daraus geht hervor: Festangestellte – ich sage es mal ganz einfach – sind teurer als Honorarkräfte. Das ist so, damit müssen wir dann umgehen. Das bedeutet, dass sich die erhöhten Kosten bei gleichbleibender Menge im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung in erhöhten Produktkosten negativ niederschlagen werden. Dies wird sich erst im Jahr 2018 und vollständig 2019 zeigen. Die mögliche Refinanzierung wird dann u. a. auch davon beeinflusst werden, wann und in welcher Weise alle Bezirke die Stellen besetzen werden, denn so wird sich der Median bilden, und die Budgetierung richtet sich ja nach dem Median. Eine Ausweitung des Musikschulangebotes konnte mit der Maßnahme nicht einhergehen, da die Honorarmittel, wie gesagt, zum Ausgleich der Mehrkosten herangezogen werden.

Mein Fazit für meinen Bezirk: Wir sind optimistisch, die Quote von 20 Prozent Festangestellten bis Ende 2018 erreicht zu haben, sofern geeignete Bewerbungen eingehen. Diesen Zusatz muss man immer entsprechend darlegen. Dies ist ein erster Schritt auf dem Wege in die Qualitätssicherung der Musikschulen und bedeutet für die Lehrkräfte mehr finanzielle Sicherheit, was ein wertvoller Punkt für die Lehrkräfte der Musikschulen ist. Die Quote von 20 Prozent sollte nach meiner Meinung schrittweise erhöht werden. Hierzu würde ich empfehlen, wie andere Institutionen ebenfalls eine Evaluation durchzuführen, auch im Vergleich mit anderen Musikschulen in der Bundesrepublik, um zu sehen: Welches ist die optimale Größenordnung Festangestellter, auch im Hinblick auf das Angebot Unterrichtsstunden je Einwohner?

Ein letzter Punkt, den ich noch deutlich hervorheben will: Das Thema Räume müssen wir landesweit angehen. Die Bezirke an sich sind ausgeblutet, was Räumlichkeiten angeht. Die Zurverfügungstellung von Räumen – Herr Dr. Wöhlert hat die Situation völlig zutreffend beschrieben – in Schulen geht gen null, weil die Schulen ihre Räume selbst benötigen. Bei Neuplanungen oder Erweiterungsplanungen von Schulen sind wir auf dem Wege, auch die Interessenlagen der kulturellen Weiterbildung zu verfolgen. Was aber die Ist-Situation angeht – und da will ich doch noch mal den Finger drauflegen –, sollte bei der Anmietung von Räumen das Prozedere, bis wir zu einer Anmietung kommen, deutlich entschlackt werden. Wenn wir jedes Mal eine Runde durch Senatsfinanzverwaltung oder Abgeordnetenhaus oder beide drehen müssen – falls man zu einer Anmietung von über 6 000 Euro im Monat kommt, und bei den derzeitigen Preisen kommt man sehr schnell über diese Schwelle, sind entsprechende Genehmigungen oder Entscheidungen des Abgeordnetenhauses erforderlich –, dann dauert das zu lange und ist angesichts der aktuellen Situation im Gewerbebereich auch nicht mehr vertretbar. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sabine Bangert: Ich danke Ihnen, Frau Kaddatz! – Dann fahren wir mit Herrn Berghäuser fort. – Bitte schön!

Chris Berghäuser (Vorsitzender des Musikschulbeirats): Auch von meiner Seite herzlichen Dank für die Einladung und das Interesse! Thema war ja die Situation der Berliner Musikschulen, und da ist nicht zu vermeiden, dass sich in unseren Statements einige Themen überschneiden werden. An der Stelle versuche ich, etwas zu kürzen. Ich hoffe auch, dass die Zuarbeit von heute Nacht Sie noch erreicht hat mit den Anlagen. – Ich sehe Nicken. Vielen Dank! Dann kann ich mich darauf beziehen.

Wir sind in einer völlig neuen Situation mit allen Berliner Musikschulleitungen, auch auf der fachlichen Ebene, weil wir jetzt das Glück haben, uns überhaupt einmal mit dem Thema: „Festangestellte Musikschullehrer – was heißt das überhaupt?“ zu beschäftigen. Die Musikschullehrer, die noch vorhanden waren, sind ja in den letzten zehn Jahren reihenweise in den Überhang versetzt worden, und die Tendenz war auslaufend, was natürlich auch einen moralischen Verfall mit sich gebracht hatte. Da sind wir jetzt in einer sehr positiven Situation, genießen es auch, uns an einen Tisch zu setzen und fachlich zu diskutieren: Was heißt das? Welche Chancen bringt es mit sich, mit festangestellten Lehrkräften zu arbeiten? – und das auch zu Papier zu bringen. Diese Impulse werden wir jetzt im Laufe der Besetzungsverfahren auch zu nutzen wissen.

Kommen wir zu den ersten Punkten, die die 20-Prozent-Besetzung allerdings auch an Herausforderungen mit sich bringt. Wir haben jetzt festgestellt, dass allein mit den Stellen, die in die Bezirke gekommen sind, der Organismus Musikschule in der Form auch fachlich nicht zu betreuen und aufrechtzuerhalten ist. Wir brauchen also, um diese festen Mitarbeiter auch anzuleiten, diesen Leitungs- und Funktionsumfang, der hier schon erwähnt wurde. Ebenfalls ist hier auch schon thematisiert worden, dass dadurch natürlich Unterricht nicht in der Form stattfinden kann, wie es ursprünglich gemeint war, und ich glaube, das wird auch nachgesehen werden, wenn es dann zu einer Auswertung kommt. Ich nehme mit Freude wahr, dass es Einvernehmen gibt, dass diese zusätzlichen Funktionsanteile bei der Beauftragung mit berücksichtigt werden müssen.

Die Berliner Musikschulleiterinnen und -leiter haben sich dazu bereits im September auf eine Art Mindeststandard verständigt, auf den dann auch in der zukünftigen Arbeit zurückgegriffen werden kann. Da will ich jetzt nicht über das Wort „Mindeststandard“ streiten oder debattieren, es gibt erst mal einen Standard, über den man dann in der Ausprägung differenzierter diskutieren muss.

Wir sehen an dieser Übersicht, die wir noch Ende der letzten Woche aus allen Bezirken zusammengetragen haben, wie die Umsetzungen der 20 Prozent im Moment laufen. Noch ist es ein relativ heterogenes Ergebnis. Das heißt, für uns ist es in der Auswertung noch nicht gelungen, die aktuellen Haushaltspläne wirklich durchzuschauen. Stichproben haben aber schon ergeben, dass zum Teil die Stellen, die in den Haushaltsplänen stehen, nicht unbedingt in den entsprechenden Titeln auch finanziell untersetzt sind – das ganz allgemein. Es kann sein, dass es in der Zwischenzeit aktuellere Haushaltspläne gibt. Die, die im Netz verfügbar sind, haben zumindest diese Stelle sichtbar gemacht. Das heißt, die Bezirke kämpfen noch, diese Stellen jetzt auch finanziell zu untersetzen. So ehrgeizig das Ziel war, so ist doch dann sehr stark mit dem Taschenrechner an die finanzielle Untersetzung herangegangen worden. Die E 6 als Standard hierbei ist schon genannt worden, die Gründe dafür sind, glaube ich, auch in der Zwischenzeit bekannt. E 6 wird es nicht geben, das ist tariflich nicht möglich. Dankenswerterweise steht ja in Aussicht, dass die 1,2 Millionen Euro, die jetzt noch zusätzlich verteilt werden sollen – wofür es noch keinen Schlüssel gibt, aber das ist sicherlich verständlich –, in die Gegenfinanzierung dieser Lücken fließen können.

Wir sind immer bei der Diskussion: Ist es eine E 9, ist es eine E 10? Also es ist so: Wenn wir jetzt festangestellte Musikschullehrer in den Schulen haben, sollen die ja auch gerade in den Aufgabengebieten eingesetzt werden, wo es am wichtigsten ist, und da ist man sehr schnell bei Ensembleunterricht, bei Kooperationsangeboten, bei musikalischer Früherziehung. Das

führt tariflich sehr schnell zu E 10, das mal ganz allgemein hier gesagt. Also wir sind gut beraten, generell mit der Finanzierung von E 10 zu rechnen, dann ist man da einigermaßen auf der sicheren Seite.

Dass Honorare gegengerechnet werden, ist vielleicht auf den ersten Blick sinnvoll, in der Praxis dann aber nicht besonders tauglich, weil sicherlich die bezirklichen Ausschreibungsverfahren – jeder Bezirk muss das für sich tun, das ist bis jetzt rechtlich nicht anders möglich – ganz sauber und nach Recht und Gesetz laufen müssen und man jetzt nicht einfach die vorhandenen Honorarkräfte in diese Stellen besetzen kann. Das ist schon formal leider nicht möglich. Das heißt also, es wird dann individuell doch viele freie Mitarbeiter treffen, wenn die Honorare nicht ausreichen, um den bisherigen Unterricht im Honorarbereich abzusichern. Da fehlt einfach Geld, und das heißt, da wird der Unterricht reduziert werden müssen, und das ist dann von Zufällen abhängig: Wo gehen gerade Schüler weg? Wenn die Decke zu kurz ist, dann trifft es am Ende immer die freien Mitarbeiter.

Hinzu kommt das leidige Problem der Honoraranpassung. Dankenswerterweise werden die Honorare mit 18 Monaten Verzögerung an die tariflichen Entwicklungen im öffentlichen Dienst angepasst, wenigstens das. Das passierte in der Vergangenheit immer im August jeden Jahres und wird sicherlich auch in den nächsten Jahren so kommen. Diese zusätzlichen Honorare sind nicht gepuffert, sie werden nicht gegenfinanziert, sondern müssen aus den bezirklichen Haushalten erbracht werden, im besten Sinne durch Einnahmenerhöhungen. Das heißt also, die Entgelte müssten jedes Jahr um 2 bis 3 Prozent steigen. Das ist schon verwaltungstechnisch nicht machbar und, ich glaube, auf Dauer auch den Eltern nicht unbedingt zumutbar. Das heißt also, die Bezirke sind da auf sich gestellt und müssen das im Rahmen ihres Haushalts und ihrer Globalsummenhöhe irgendwie hinbiegen. Das wird dem einen Bezirk gelingen und dem anderen vielleicht weniger, und das heißt, auch hier wird eher ein Unterrichtsabbau – nicht überall, aber doch an vielen Stellen – einsetzen. Hier wäre ein Gegensteuern sehr wichtig, um Schlimmeres zu vermeiden.

Vorsitzende Sabine Bangert: Herr Berghäuser! Sie müssten zum Schluss kommen.

Chris Berghäuser (Vorsitzender des Musikschulbeirats): Gut! – Wir haben das Thema Fachräume schon erwähnt. Das steht auch in meiner Zuarbeit. Dem ist an sich nicht viel hinzuzufügen. Ich kann nur sagen: Glücklicherweise gibt es einige Bezirke, die über eigene Häuser und eigene Fachräume verfügen. Die haben jetzt natürlich dieses Problem nicht. Hinzufügen würde ich noch, dass, wenn wir mit festen Mitarbeitern arbeiten, für die auch Arbeitsplätze, Arbeitsräume zur Verfügung gestellt werden müssen. Wenn sie gar keine eigenen Räume haben, ist schon an der Startlinie klar, dass das schwierig werden wird.

Kooperation mit allgemeinbildenden Schulen ist eigentlich ein sehr großes Thema, gehört jetzt nicht unbedingt zu den 20 Prozent, sondern wäre dann ein Thema, wenn es um das X geht: Wie denn jetzt weiter? – Da fehlen die Rahmenbedingungen bis auf eine Stelle, die Kooperation mit Sekundarschulen und Ganztagsgymnasien. Dafür gibt es Rahmenbedingungen. Die sind aber so stark an Klassengrößen gebunden, dass auch da die Finanzierung sehr schwer umzusetzen ist und nur durch viel Trickserei an den Schulen gelingt. Deswegen ist es nicht verwunderlich, falls Sie solche Auswertungen lesen, dass das Produkt, das es für diese Kooperation gibt, sehr rückläufig ist. Die Volkshochschulen haben es jetzt schon abgeschafft für sich, weil sie mit diesen Rahmenbedingungen nicht arbeiten können. Ich wünsche mir für die

Musikschulen, dass es da noch in letzter Minute vielleicht einen Schwenk gibt, um diese Kostensätze zu verbessern und diese Kooperationen, die sehr wertvoll sind in der täglichen Arbeit, zu erhalten.

Für Grundschulkooperation, Kitakooperationen –

Vorsitzende Sabine Bangert: Herr Berghäuser! Wir kommen sonst wirklich in Zeitnöte. Sie haben jetzt fast schon zehn Minuten beansprucht.

Chris Berghäuser (Vorsitzender des Musikschulbeirats): Okay! Alles andere haben Sie ja schriftlich, und es wird vielleicht im Nachgang noch angesprochen. – Danke schön!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank Ihnen! Es ist Sinn und Zweck der Übung, dass Sie vorher eine schriftliche Stellungnahme abgeben, dass Sie sich dann aufs Wesentliche konzentrieren können. – Frau Breitsprecher, bitte schön!

Annette Breitsprecher (Landeslehrervertretung der Berliner Musikschulen e. V.): Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für kulturelle Angelegenheiten! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Ich danke für die Gelegenheit, heute hier sprechen zu können. Ich bin das nicht gewöhnt vor so einer illustren Schar, deswegen werde ich es ablesen. Ich bitte um Verständnis.

Als politisch interessierter und musikschulpolitisch engagierter Mensch habe ich es mit großer Freude wahrgenommen: Derzeit ist erstmalig ein klarer politischer Wille erkennbar, gegenzusteuern gegen die katastrophale Entwicklung der Berliner Musikschullandschaft in den vergangenen Jahrzehnten. Die bezirklichen Musikschulen werden endlich wirklich als wichtige Bildungs- und Kulturinstitutionen angesehen, und sie sollen auf ein solides Fundament gestellt werden. Das kann gar nicht hoch genug geschätzt werden, und ich möchte all denjenigen unter Ihnen, die zu diesem längst überfälligen Kurswechsel beigetragen haben, sehr herzlich dafür danken. Zugleich bitte ich Sie um Verständnis dafür, dass mein Wortbeitrag im Folgenden diese Sicht auf das Ganze verlässt.

Ich möchte Ihnen die Innenperspektive der freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Musikschule nahebringen. Wir stellen ja derzeit etwa 90 Prozent des künstlerisch-pädagogischen Personals, und die große Mehrheit unter uns erwirtschaftet den Lebensunterhalt ausschließlich oder überwiegend durch die Musikschularbeit. Ich selbst unterrichte inzwischen seit fast 30 Jahren an der Musikschule Fanny Hensel, 30 Jahre in einem herausfordernden und schönen Beruf, von dessen gesellschaftlichem Mehrwert ich zutiefst überzeugt bin und den ich nicht zuletzt deshalb auch für mich selbst als sehr sinnstiftend erlebe. Aber leider gibt es da all diese Freiheiten, die das Dasein als freie Mitarbeiterin mit sich bringen: Die Freiheit, von der Hand in den Mund zu leben und sehenden Auges einer Rente unterhalb des Grundversicherungsniveaus entgegenzugehen! Die Freiheit, bloß nicht krank zu werden, weil man sich die drei Karenztage gerade einfach nicht leisten kann. Die Freiheit, Schwangerschaften und Erziehungszeiten mit der Ungewissheit zu durchleben, ob und wie es danach an der Musikschule weitergeht, die Freiheit, plötzlich weit weniger unterrichten zu können, als man möchte und aus existenziellen Gründen auch müsste, weil beispielsweise Haushaltssperre ist oder weil Räume in einer allgemeinbildenden Schule plötzlich nicht mehr zur Verfügung stehen! Die Freiheit, jederzeit mit einer kurzfristigen Kündigung des Dienstvertrags rechnen zu müs-

sen! Die Freiheit von jeglicher Mitarbeitervertretung! Die Freiheit zu kleinteiliger Bürokratie in Form von Einzelstundenabrechnungen! Die Freiheit, Schulferienzeiten ohne Einkünfte überstehen zu müssen! Alles in allem, die Freiheiten eines prekären Daseins! Auf diese würde nicht nur ich, sondern die überwiegende Mehrheit der Musikschullehrkräfte liebend gern verzichten.

Dies muss deshalb so deutlich gesagt werden, weil immer noch gelegentlich das Gerücht anzutreffen ist: Das sind doch Künstler. Die wollen das so. – Nein! Und weil wir das nicht so wollen, bedeutete der Koalitionsvertrag mit seinen Absichtserklärungen zur Verbesserung der sozialen Lage der Musikschullehrkräfte weit mehr als nur einen Silberstreif am Horizont. Es schien, die Situation werde sich erstmalig bessern, tatsächlich individuell spürbar für die einzelnen Betroffenen. Mittlerweile herrscht jedoch große Ernüchterung. Die in Aussicht gestellten Verhandlungen über einen Tarifvertrag für Freie wird es doch nicht geben, nachdem die TdL ihre Zustimmung verweigert hat. Für 80 Prozent der Lehrkräfte, die ja nach Umsetzung des 20-Prozent-Plans übrigbleiben, steht völlig in den Sternen, ob sich etwas an ihrer Lage bessert. Gleichzeitig entsteht durch die Art der Umsetzung des Plans sogar ein neues Bedrohungsszenario für die Freien. Was, wenn diese Stellen an Außenstehende vergeben werden, die bisher gar nicht an der entsprechenden Musikschule beschäftigt sind? Dann bekommen die Freien nicht nur nichts ab vom Stellenkuchen, sie müssen auch ein sinkendes Auftragsvolumen befürchten, denn die Auslastung der Festangestellten hat verständlicherweise immer Vorrang. Die Folge ist eine Verschlimmerung statt einer Verbesserung der Situation.

Leider wird der Stellensegen mancherorts offenbar als Gelegenheit missverstanden, eine wie auch immer geartete Profilierung der Musikschule oder auch eine Verjüngung des Kollegiums auf Kosten der derzeit Beschäftigten voranzutreiben. Aus unserer Sicht entspricht ein solches Vorgehen nicht der im Koalitionsvertrag formulierten Absicht. Dort ist die Rede von Umwandlung von Honorarbeschäftigung in Festanstellung mit dem Ziel der Verbesserung der sozialen Lage der Beschäftigten, und das sind doch zunächst und vorrangig diejenigen, die mit ihrem Engagement in der Vergangenheit das System getragen haben – allen widrigen Bedingungen zum Trotz.

Aus dem bisher Gesagten wird hoffentlich deutlich, warum die Stimmung bei den Betroffenen im Moment nicht allzu euphorisch ist. Daraus sollte aber bitte nicht geschlossen werden, Freie lehnten die Schaffung von festen Stellen ab – ganz im Gegenteil. 20 Prozent sind ein Anfang, aber das Ziel muss sein, alle hauptberuflichen Musikschullehrkräfte festanzustellen, mithin das Verhältnis zwischen Festen und Freien auf die Dauer tendenziell umzukehren. Es gibt nur sehr wenige Bereiche der Musikschularbeit, in denen der Einsatz von Honorarkräften tatsächlich sinnvoll und geboten ist. Musikschulen brauchen fast keine Honorarkräfte, das Land hat sie jahrzehntelang gebraucht als Sparmodell, und das war und ist nicht in Ordnung. Musikschullehrerinnen und -lehrer erbringen einen nicht geringen Beitrag zur humanistischen, kulturellen und interkulturellen Bildung der Menschen in dieser Stadt. Dies sollte sich auch im Umgang mit ihnen widerspiegeln. Deshalb muss weiter am Stellenaufbau gearbeitet werden, und da das vermutlich nicht von heute auf morgen geht, brauchen wir anstelle des derzeit wohl nicht möglichen Tarifvertrags schnellstmöglich eine andere, und zwar eine kollektivrechtliche vertragliche Übergangslösung zur Verbesserung der sozialen Situation der freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. – Ich danke Ihnen.

Vorsitzende Sabine Bangert: Wir danken Ihnen. Das waren vorbildliche fünf Minuten, Frau Breitsprecher! – Das Wort hat nun Clara Herrmann – bitte schön!

Bezirksstadträtin Clara Herrmann (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Zunächst wünsche ich Ihnen ein frohes neues Jahr und freue mich, dass Sie dieses Jahr so klangvoll beginnen lassen mit dem Thema „Kommunale Musikschulen“. Um an das Thema Oper anzuknüpfen, das Sie vorhin hatten, möchte ich gern den Satz noch mal hervorheben, den ich, glaube ich, schon einmal hier gesagt habe: Kommunale Infrastruktur ist das Fundament unseres demokratischen Zusammenlebens. Dazu gehört die Musikschule, und ohne Musikschule gibt es auch keine Oper. – Von daher finde ich es sehr gut, dass Sie die Themen heute gemeinsam auf die Tagesordnung genommen haben, und man sollte auch nicht künstlich Widersprüche zwischen Oper und Musikschule erzeugen. Ich möchte noch einmal ganz kurz, wenigstens mit zwei Sätzen, betonen, dass die Musikschule ein Ort der Begegnung von Menschen ist. Hier kommen Menschen aus unterschiedlichsten Zusammenhängen zusammen, und ich denke, das ist ein grundsätzlicher Wert, den unsere kommunalen Musikschulen haben.

Als Stadträtin von Friedrichshain-Kreuzberg möchte ich Ihnen ganz kurz vorstellen: Die Musikschule von Friedrichshain-Kreuzberg ist quasi die Medianmusikschule im Land Berlin. Wir sind eine mittelgroße Musikschule, wir haben über 3 300 Schülerinnen und Schüler derzeit und erbringen über 88 000 Unterrichtseinheiten. Dabei setzen wir unterschiedlichste Schwerpunkte. Wir fangen an mit spielerischen Formen in der musikalischen Früherziehung und machen auch die professionelle Begleitung der Studienvorbereitung, und ich möchte doch sagen, dass wir da nicht ganz unerfolgreich sind, wenn wir uns anschauen, dass unsere studienvorbereitenden Schülerinnen und Schüler zu großen Teilen dann auch an Hochschulen ihren Platz finden.

Wir haben eine Tradition. Wir werden nächstes Jahr 70 Jahre alt. Ich lade Sie alle herzlich ein in unseren Bezirk. Vielleicht hat der eine oder andere von Ihnen noch eine Platte im Schrank. Die Friedrichshainer Musikschule hat nämlich eine Tradition in der Popmusik: Quasi alle, die Sie aus alten Zeiten kennen, von Karat über die Puhdys bis zu Silly mit Tamara Danz, haben die Friedrichshainer Musikschule besucht. Deshalb ist es uns auch ein wichtiges Anliegen, dass wir einen Schwerpunkt Popmusik haben. Ich denke, das gibt Ihnen einen kurzen Einblick in unsere Musikschule. Bei Frau Kaddatz sind es vielleicht ein paar andere Schwerpunkte, die sie dann macht. Es ist auch richtig, dass wir hier auf unsere kommunalen Musikschulen und unsere Profile schauen.

Viele Themen sind angesprochen worden. Ich möchte nicht das zur Frage der 20 Prozent, zur Eingruppierung und zu dem, was dazugekommen ist, wiederholen. Ich möchte mich bedanken bei der Senatskulturverwaltung, aber vor allen Dingen auch bei Ihnen als Haushaltsgesetzgeber, dass Sie noch mal 1,2 Millionen Euro nachgelegt haben. Dafür sehr herzlichen Dank! Ich halte das übrigens für ein Thema, das hier noch nicht angesprochen worden ist: Wenn Sie sich diese Liste anschauen, dann werden Sie ja gesehen haben, dass die Situation, um 20 Prozent Festanstellungen zu erreichen, in den unterschiedlichen Bezirken unterschiedlich ist. Das Geld wird aber nach der Kosten- und Leistungsrechnung ins System gegeben, und das hat nichts damit zu tun, wie weit ich von 20 Prozent weg bin, sondern wie viele Unterrichtseinheiten ich erbringe und wie weit ich vom Median weg bin. Damit ist von der Zuweisungslogik her – in der KLR-Logik – das, was die Senatsfinanzverwaltung gemacht hat, richtig, aber es hat nichts mit dem zu tun, was Sie als Ziel hatten, nämlich 20 Prozent Festanstellungen. Das ist auch eine große Schwachstelle des Systems, und das möchte ich auch nach vorn gerichtet noch mal deutlich machen.

Dann haben Sie die Situation von Honorarkräften angesprochen. Dazu ist schon sehr viel gesagt worden. Ich möchte nur noch mal, weil der Staatssekretär auch Wert auf das Thema Entgelte gelegt hat, sagen: Das teile ich, aber wir Bezirke leben in einer Welt, in der uns Honorarerhöhungen auf Ist-Ausgaben für den Doppelhaushalt, den wir jetzt haben, als Ausgaben 2016 plus einem Zuschlag für erwartete Honorarerhöhungen übersendet werden. Aber bei den erwarteten Honorarerhöhungen gibt es zwei Ausnahmen: Das sind die Volkshochschulen und die Musikschulen. Da wird uns kein Zuschlag gegeben für die erwarteten Honorarerhöhungen, da erwartet die Senatsfinanzverwaltung, dass wir diese Honorarerhöhungen selber erbringen, erwirtschaften.

Da hat man dann als Musikschule am Ende die Möglichkeiten: Entweder ich werde effizienter, ich erhöhe die Entgelte, oder ich reduziere das Angebot. – Das sind meine Möglichkeiten. Da das eine Einnahmenvorgabe einer E03-Einnahme ist, habe ich das in zwei Jahren in der Fortschreibung wieder. Ich komme also gar nicht mehr runter von meiner Entgeltspirale nach oben, weil mir immer wieder als Einnahmenvorgabe vorgegeben wird, dass ich das erwirtschaften und erbringen muss. Aus Sicht einer Finanzstadträtin und aus Sicht einer Kulturstadträtin kann ich und möchte ich Sie unterstützen, Honorarerhöhungen durchzuführen, aber bitte machen Sie das dann auch bei den Musikschulen und bei den Volkshochschulen genauso wie bei allen anderen! Dann geben Sie den Bezirken auch diese Honorarerhöhungen mit, denn sonst kommen wir in die Spirale Entgelterhöhungen, und kommen da auch nie wieder raus!

Ein wichtiger Punkt ist mir noch Bedarf und Ausbau. Sie wissen, wir haben als Bezirke soziale Infrastrukturkonzepte erstellt, auch mein Bezirk, und wir erreichen auf dem Status quo noch nicht mal 70 Prozent Abdeckung dessen, was wir bräuchten. Sie alle wissen, wir leben in einer wachsenden Stadt. Auch Friedrichshain-Kreuzberg wird zukünftig mehr Einwohnerinnen und Einwohner haben. Dieses Gap wird weiter zunehmen, wenn wir nicht darüber sprechen, wie wir hier einen entsprechenden Ausbau machen können, und da stehen wir vor all diesen Fragen, die angesprochen worden sind: Raumbedarfe – wo kommen die her? Da stehen wir aber auch in Raumkonkurrenzen. Mein Bezirk ist der dichtbesiedeltste Bezirk. Wir haben kaum noch Grundstücke. Wir müssen über intelligente Lösungen nachdenken, und im Sinne der kulturellen Bildung ist es ja auch inhaltlich sinnvoll, Schule und beispielsweise Musikschule zusammen zu denken.

Ich gebe Ihnen jetzt mal ein Beispiel, das ist die Zille-Grundschule. In der Zille-Grundschule hat es vor mehreren Jahren eine Erweiterung mit einem mobilen Ergänzungsbau gegeben. Dann hat es eine Machbarkeitsstudie gegeben, weil man ja nach so einem mobilen Ergänzungsbau, der Klassenräume beinhaltet, auch einen erweiterten Bedarf an Funktionsräumen, an Fachräumen hat. Dabei ist rausgekommen, dass man zwei Stockwerke optimieren könnte, obendrauf bauen könnte, genau für die anderen Bedarfe. Damals konnte das aber nicht angemeldet werden für die Investitionsplanung, weil für diese lediglich der Schulbedarf eine Rolle spielt und keine anderen Bedarfe. Das macht, glaube ich, 3,5 Millionen Euro aus, ob ich da die Quadratmeter obendrauf kriege oder nicht, und für eine Schule, eine Stadtteilschule und die zukünftige Schule, wie wir sie uns denken, wie ich sie mir jedenfalls vorstelle und wünsche, die sich öffnet in den Stadtteil hinein, sind das nur Synergieeffekte, wenn ich so etwas wie die Kooperation zwischen Schule und Musikschule auch räumlich voranbringe und Schule mehr ist als Unterricht von 8 bis 16 Uhr.

Genau über solche Punkte müssen wir sprechen. Da reden wir nicht nur über den Neubau, da reden wir auch über die Frage Sanierung und Optimierung von Standorten und übrigens auch über das, was leider in der Vergangenheit nicht möglich war. Ich würde mir wünschen, dass wir an dem Beispiel Zille-Grundschule dazu kommen, dass wir das hier ermöglichen. – Angesichts der Zeit: Gerne nachfragen! – Vielen Dank, dass Sie das Thema auf die Agenda heben, dass Sie das Anfang des Jahres zum Schwerpunkt machen! Ich habe das Gefühl, dass es sich auch gelohnt hat, dass die Musikschulen in der Zuständigkeit der Kulturverwaltung sind. Das war ja eine große Veränderung, und ich möchte deutlich machen, dass ich das als einen richtigen und sehr sinnvollen Schritt wahrnehme, und freue mich auf alle weiteren Schritte, die wir gemeinsam gehen.

Vorsitzende Sabine Bangert: Auch Ihnen herzlichen Dank, Frau Herrmann! – Frau Kastelewicz ist jetzt an der Reihe. – Bitte!

Anna Barbara Kastelewicz (Geschäftsführerin der Agentur „music in progress“): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke sehr für die Einladung zur Anhörung. In Absprache mit den anderen Anzuhörenden möchte ich den Schwerpunkt meines Vortrages auf die Ausbildung der angehenden Musikschullehrer setzen. Ich darf mich kurz vorstellen: Ich bin freischaffende Geigerin. Ich leite eine Musikagentur. Ich habe zwei Projektorchester gegründet, die ich auch selber leite. Ich war Schülerin und Studentin an der Hochschule für Musik Hanns Eisler, der HfM, und habe Abschlüsse als Diplom-Orchestermusikerin und als Diplom-Instrumentalpädagogin erworben. Dieser Studiengang der Pädagogik ist mittlerweile an der HfM abgeschafft. Ich war zwei Jahre lang als Studienberaterin an der HfM tätig und habe die Umstellung auf das Bachelor- und Mastersystem begleitet. Im Zuge dieser Umstellung habe ich ein Fach, das jetzt Musikmanagement heißt, neu eingerichtet und mit Inhalten gefüllt und die Funktion der Modulbeauftragten übernommen. Dieses Fach habe ich dort auch gelehrt.

Derzeit erfülle ich Lehraufträge mit dem Titel „Berufskunde“ an der Universität der Künste, der UdK. Ich erwähne dieses Fach hier, da es einen ersten Schritt darstellt, Hauptfachstudenten aufmerksam zu machen, dass sie nach dem Studium nicht unbedingt eine gradlinige Solistenkarriere oder die heißersehnte Stelle im Orchester erwartet. Nein, die Absolventen erwartet – ich darf das hier so sagen – ein harter Überlebenskampf als Musiker. Nur wenige können mit einer festen Stelle in einem Orchester rechnen. Als Alternative bleibt nur das freischaffende Musizieren. Doch auch hier ist das Angebot von Aufträgen sehr begrenzt mit der Folge,

dass oft nur geringe Honorare angeboten und auch akzeptiert werden. Ich darf hier deutlich betonen, dass die Situation der freischaffenden Musiker hochprekär ist.

Warum erwähne ich dies hier? – Aus der Not heraus beginnen viele Hauptfachstudenten zu unterrichten. Viele Musiker unterrichten zusätzlich zu ihrem Spiel privat oder an Musikschulen, doch diese Absolventen sind nicht in Pädagogik ausgebildet. Vor allem in Gruppenunterrichten sind sie häufig auch überfordert. Viele dieser Musiker bilden sich daher auf eigene Initiative und eigene Kosten weiter. Ein Instrumentalpädagogikstudium gibt es derzeit in Berlin nur an der UdK. Prof. Ulrich Mahlert, Leiter des Fachbereichs Musikpädagogik an der UdK, berichtete mir, dass 2017 lediglich 26 Studenten, 18 Studenten im Bachelor und 8 Studenten im Master, zugelassen werden konnten. Mehr Studienplätze stehen für dieses Fach nicht zur Verfügung. Diese Studenten werden während ihres Studiums pädagogisch breit ausgebildet. Sie sind anschließend befähigt, Einzelunterricht zu erteilen, sie können aber auch Gruppenunterricht geben oder gar Klassen betreuen und musikpädagogische Projekte leiten. Die Absolventen – dies berichtet Prof. Mahlert – bedienen ein breites pädagogisches Angebot und sind grundsätzlich auch zufrieden mit ihrer Arbeitssituation, obwohl das Honorar sehr niedrig ist. Sie wurden während ihres Studiums gut vorbereitet auf ein breites pädagogisches Arbeitsfeld.

Für die HfM ist zusammenfassend festzuhalten: Es ist kein reines Instrumentalpädagogikstudium mehr möglich. Lediglich im Wahlbereich kann ein Rudiment an Kursen belegt werden. Zudem kann in einem weiteren Wahlbereich Musikvermittlung – das bedeutet, die Erarbeitung eines Projektes an einer allgemeinbildenden Schule – gewählt werden. Meine Nachfrage an die jetzige Studienberaterin der HfM ergab, dass nur ein kleiner Teil der Studenten in diesem Wahlbereich überhaupt Pädagogik wählt. Sie wählen als Hauptfachstudenten verständlicherweise Kammermusik und Orchesterspiel. Diese Auskünfte decken sich auch mit meinen Erfahrungen aus meiner Zeit als Studienberaterin. Mittlerweile unterstützen die Lehrenden an der Hochschule das Wahlfach Pädagogik, da auch ihnen nun die Marktsituation bewusst ist.

Weiter möchte ich betonen: Instrumentalpädagogik und Einzelunterricht für Schüler bilden die Grundlage für eine effektive musikalische Ausbildung. Natürlich ist es gut, Projekte an allgemeinbildenden Schulen zu initiieren, wie z. B. das Prestigeobjekt der Berliner Philharmoniker, doch diese Projekte dürfen kein Strohfeuer sein. Natürlich ist es gut, Projekte wie „Jedem Kind ein Instrument!“ zu haben, doch interessierte Kinder brauchen anschließend für ihre weitere musikalische Entwicklung dringend Einzelunterricht. Dieser Einzelunterricht kann in vielen Fällen nicht gewährt werden, da die Kapazitäten der Musikschulen nicht ausreichen. Es gibt lange Wartelisten. Diese Lücke zu schließen, wäre eine dankbare Aufgabe der Berliner Politik.

Mein nun dringender Vorschlag – oder vielleicht sogar Forderung –: Den relativen Anteil der Studienplätze für Musikpädagogik, vor allem aber der Instrumentalpädagogik erhöhen, eine breitere musikalische Grundausbildung mit späterer Spezialisierung, die Attraktivität des Berufes Instrumentalpädagoge steigern durch realistische Aussichten auf eine attraktive Arbeitsstelle, vor allem auch in den öffentlichen Musikschulen, mit einer angemessenen Honorierung oder womöglich Festanstellung oder auch eine freie Honorartätigkeit unter angemessenen Konditionen, auch bei geringerer Stundenzahl die Möglichkeit für einen Festvertrag an einer

Musikschule plus flexiblem Zusatzvertrag, der ebenso sozialabgabepflichtig ist! – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzende Sabine Bangert: Wir danken Ihnen, Frau Kastelewicz! – Dann ist Frau Stoff an der Reihe. – Bitte!

Franziska Stoff (Generalsekretärin des Landesmusikrats Berlin e. V.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Ich danke Ihnen noch einmal für die Einladung und auch für das Engagement, das Sie bisher für die Musikschulen gezeigt haben. Satzungsgemäßes Ziel des Landesmusikrates ist, die Stellung der Musik in der Gesellschaft und ihre Weiterentwicklung zu fördern. Diesem Ziel entsprechend setzen wir uns auch für die Berliner Musikschulen ein. Die ausführlichen Empfehlungen liegen Ihnen vor. Ich gebe Ihnen jetzt noch einen kurzen Überblick und gehe dann besonders auf die Frage der Festanstellungen ein.

Eine unserer Hauptforderungen ist die Erhöhung der Zahl festangestellter Lehrerinnen und Lehrer an den Berliner Musikschulen. Wir empfehlen hier einen verbindlichen Entwicklungsplan mit Mindeststandards, wie auch im Koalitionsvertrag vorgesehen, und fordern außerdem die angemessene Eingruppierung der Musikschullehrer und -lehrerinnen bei Einstellung unter Berücksichtigung von Vorerfahrungen, die noch als Honorarkraft gesammelt wurden. Es kann nicht sein, dass eine Lehrerin mit Hochschulabschluss, die 20 Jahre an einer Musikschule tätig ist, dann bei endlich erfolgter Festanstellung mit E 9 Stufe 1 anfangen soll. Diese Festanstellungen sollten sich auch besonders für die Berliner Musikschullehrkräfte lohnen, also die Berliner Honorarkräfte, die das mit erkämpft haben, sollen jetzt eingestellt werden. Es ist zum Teil die Rede davon, dass deutschlandweit ausgeschrieben werden soll.

Wir fordern außerdem die bessere Einbindung von Musikschulen in die bezirkliche Bildungs- und Kulturarbeit. Hier fehlt z. B. eine Rahmenvereinbarung für die Zusammenarbeit mit Grundschulen bei der außerunterrichtlichen Bildungsarbeit. Besonders im Rahmen von Ganztagschule schreit es eigentlich danach, dass da endlich mal eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird.

Wir fordern außerdem die Ausstattung von Musikschulen mit angemessenen Räumlichkeiten und empfehlen die Berücksichtigung von Musikschulen bei Schulneubauten, und zwar berlinweit – nicht, dass das in jedem Bezirk extra erkämpft werden muss. Hier ist Potenzial für Synergien, das aktuell nicht genutzt wird. Berlin ist und bleibt eine wachsende Stadt, und natürlich wächst auch der Bedarf an Musikunterricht. Das muss eingeplant werden. Wir fordern außerdem die Anerkennung der Studienvorbereitung in den Musikschulen als Berufsvorbereitung. Das ist jetzt hier vielleicht noch ein neues Argument für alle. Schüler und Schülerinnen müssen weiter Kindergeld und günstige BVG-Tickets erhalten. Wir fordern außerdem ein Ende der zwangsläufigen Entgelterhöhung bei tariflichen Honorarerhöhungen. Das ist auch schon gesagt worden. Honorare müssen tarifgebunden steigen, aber die Kosten hierfür können nicht allein die Musikschüler und -schülerinnen tragen.

Zur ersten Forderung nach den Festanstellungen gehe ich jetzt noch mehr ins Detail. Der Masterplan Musikschule, der Ihnen vorliegt, begründet die Notwendigkeit von mehr festangestelltem Personal. Die Koalition hat sich von diesem Masterplan – vielleicht nicht nur davon, aber auch davon – überzeugen lassen und 20 Prozent Festanstellungen zugesagt. Weitere

Schritte sollen folgen. Das kann nicht genug gewürdigt werden, und ich will mich hier im Namen des Landesmusikrats noch mal ganz ausdrücklich dafür bedanken, dass das erfolgt ist.

Jetzt ist aber die Frage: Was sind 20 Prozent? Wesentlich für den Landesmusikrat war hier die Berechnung der AG Musikschulleitungen, die Ihnen vorliegt und hinter der auch alle zuständigen Bezirksstadträtinnen, Fachverbände und Gewerkschaften stehen. Sie sieht 184 Vollzeitäquivalente vor, in ihr enthalten sind auch Mindeststandards für Funktionsaufgaben wie Fachgruppenleitung und Zweigstellenleitung, also allernotwendigste Aufgaben, die über die pure Unterrichtserteilung hinausgehen. Folgt man diesem Modell, sind nach Gegenrechnung freiwerdender Honorarmittel 7 Millionen Euro für die 184 Vollzeitäquivalente notwendig. Diese Ausgangsforderung des Landesmusikrats erfuhr in der Umsetzung bisher mehrere Brechungen. Erste Brechung: Obwohl dem Finanzsenat die Berechnung des Landesmusikrats bekannt war und sie von diesem auch grundsätzlich für richtig erklärt wurde, sogar schriftlich, errechnete er nach der Wahl nur 105 notwendige Vollzeitäquivalente unter Weglassung der Mindeststandards für Funktionen.

Zweite Brechung: Die für die 105 auch vom Finanzsenat als notwendig errechneten 3,7 Millionen Euro sollten den Musikschulen zunächst nicht direkt – was ja sinnvoll gewesen wäre –, sondern über die Globalsumme zugewiesen werden, was sie einmal durch die Kosten- und Leistungsrechnung dreht. Einige Bezirke erhalten bei dieser Vorgehensweise mehr, als sie für die Festanstellungen brauchen, andere weniger. Der Verlust beträgt 1,4 Millionen Euro.

Dritte Brechung: Die 3,7 Millionen Euro, die der Finanzsenat ja selbst errechnet hat, werden als Summe in gar keinem finalen Schreiben erwähnt. Obwohl festgelegt und beschlossen wurde, dass 105 Vollzeitäquivalente geschaffen werden sollen – das ist ja überall schriftlich niedergelegt worden –, und obwohl allen Beteiligten der bestehende Tarifvertrag bekannt war, wurde für die Umsetzung in den Bezirken mit einer Standardgröße von 50 000 Euro gerechnet. Das entspricht, das wissen Sie ja schon, E 5 bis E 6. Musikschullehrer und -lehrerinnen erhalten aber E 9 bis E 11, also durchschnittlich E 10. Die Folge der Rechnung mit 50 000 Euro – das ist eine neue Summe, die für Verwirrung gesorgt hat in den Bezirken – sind 2,1 Millionen Euro. Die Summe wird wieder über die Globalsumme zugewiesen, also einmal quer durch die KLR mit den bekannten Folgen.

Was passiert jetzt in den Bezirken? – Der von den Erfindern der Berechnung, also der AG Ressourcensteuerung, vorgesehene, beschlossene, doppelte Ausgleich aus Bezirksmitteln in KLR-Verliererbezirken erfolgt mehr oder weniger erfolgreich, da die 2,1 Millionen Euro zum Teil als der einzige Topf angesehen werden. Also der Ausgleich aus Bezirksmitteln ist relativ. Wer den jetzt innerhalb jedes einzelnen Bezirkes erkämpfen muss, ist die Frage. Die Folge: Honorarmittel werden in einigen Bezirken zum Ausgleich eingesetzt. Die Gefahr besteht, dass der Unterrichtsoutput sinkt, und außerdem liegt der Druck auf den Musikschulleitern, möglichst günstig einzustellen, also E 9 Stufe 1 und bitte nicht drüber. Dabei müsste eigentlich das Gegenteil der Fall sein. Die Stadt Berlin wächst und mit ihr auch der Bedarf an Musikunterricht. Die Kennzahlen zur Versorgung der Bevölkerung mit Musikunterricht sehen 12 Jahreswochenstunden pro 1 000 Einwohner vor. Aktuell werden durchschnittlich gerade einmal 8 erreicht, das bedeutet, ein Drittel fehlt.

Ich komme zum Schluss: Besonders wichtig ist dem Landesmusikrat die gute Umsetzung des Koalitionsvorhabens: mindestens 20 Prozent Festanstellungen für die Musikschullehrer und

-lehrerinnen. Sie haben dem beschriebenen Problem gegengesteuert, als Sie 1,2 Millionen Euro zusätzliche Mittel für die Absicherung der 20 Prozent bewilligt haben. Wir danken Ihnen hierfür ausdrücklich und bitten darum, den einmal beschrittenen Weg jetzt konsequent weiterzuverfolgen. Setzen Sie sich gemeinsam mit Bezirksstadträten, Fachverbänden und Gewerkschaft für die Fortentwicklung der Musikschulen ein, und berücksichtigen Sie hierbei auch die Notwendigkeit von Mindeststandards für Funktionsaufgaben! Fachbereichsleiter und -leiterinnen und Zweigstellenleiter und -leiterinnen müssen in ausreichendem Maße eingestellt werden, um das pädagogische Management zu leisten, welches über die pure Unterrichterteilung hinausgeht und die Musikschule erst zu einem funktionierenden und zusammenhängenden Gebäude macht. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sabine Bangert: Auch Ihnen herzlichen Dank, Frau Stoff! – Hier geht es nicht „Atemlos durch die Nacht“, sondern Atemlos durch den Kulturausschuss. Wir beginnen mit der Aussprache, und Herr Wesener ist dran. – Bitte schön!

Daniel Wesener (GRÜNE): Danke schön, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an alle Anzuhörenden, dass Sie heute hier sind und uns mit Ihrer Expertise, Ihren Perspektiven bereichern! Ich hoffe, eins ist deutlich geworden. Wir meinen es ernst. Wir haben das Thema ja nicht nur in den letzten Jahren sehr intensiv diskutiert, sondern auch im Rahmen der Haushaltsberatungen, und wir legen es damit auch nicht ad acta, sondern rufen es in der Tat in der ersten Kulturausschusssitzung auf. Wir wissen, Politik allgemein, aber auch, was dieses Thema angeht, ist eben kein Sprint, sondern ein Marathon, und wir bleiben da dran und gucken ganz genau hin, wie dieser Koalitionsvertrag umgesetzt wird.

Das hat beispielsweise in den Haushaltsberatungen dazu geführt, dass wir hier gemeinsam zu dem Schluss gekommen sind: Das, was die Senatsfinanzverwaltung ursprünglich an weiteren Geldern vorgesehen hat, ist nicht auskömmlich, um dieses 20-Prozent-Ziel in den nächsten zwei Jahren, also noch mit dem jetzt neuen Doppelhaushalt, zu erreichen. Also haben wir da noch mal diese 1,2 Millionen Euro nachgeschossen – schön, dass das wahrgenommen wird! –, weil wir glauben, dadurch sind jetzt zumindest die Voraussetzungen geschaffen. Wenn ich sage, Voraussetzungen, heißt das, dass wir uns der Tatsache sehr bewusst sind, dass es auch hier aufs Detail ankommt. Wir alle kennen das System, wie es hier genannt worden ist, und die Schwierigkeiten, die damit einhergehen, und ich will da eine klare Erwartungshaltung formulieren, die wir auch als Parlament begleiten werden. Es ist, glaube ich, der Punkt gekommen, wo sich jetzt noch mal alle Beteiligten zusammensetzen müssen, die Finanzverwaltung, die Stadträtinnen und Stadträte, die Fachverwaltungen, die hier ebenfalls betroffen sind, und gucken müssen, wie man das jetzt möglichst einvernehmlich umsetzt. Da hoffen wir auch, dass wir uns nicht weiter streiten müssen über irgendwelche Einstufungsfragen, sondern dass einige Punkte gesetzt worden sind und es jetzt alsbald an die Umsetzung geht.

Frau Kaddatz! Ich will dazu sagen, das ist auch eine Erwartungshaltung, die wir gegenüber den Bezirken haben. Ich habe großes Verständnis für die Ausgangssituation, aber Sie haben ja selber darauf hingewiesen, die Frage der Medianbildung und der Produktkosten liegt u. a. auch daran, ob das dann jetzt auch umgesetzt wird. Ich bin kein Freund davon, in Globalsummensouveränität einzugreifen, aber natürlich werden wir sehr genau anschauen: Passiert das jetzt in den nächsten zwei Jahren? – Andernfalls werden wir uns überlegen müssen, ob man das gegebenenfalls entsprechend sanktioniert, denn das System lebt nun mal davon, dass hier gemeinsames Handeln durchgeführt wird, und da, glaube ich, gibt es schon den einen

oder anderen Bezirk – ihrer gehört dazu –, der in der Vergangenheit durch diesen doch relativ massiven Stellenabbau dafür gesorgt hat, dass wir eben jetzt das Problem haben. – [Zuruf von Bezirksstadträtin Jutta Kaddatz (BA Tempelhof-Schöneberg)] – Mir geht es auch nicht um Parteien, Frau Kaddatz, sondern mir geht es um die Tatsache, dass Tempelhof-Schöneberg zu den Bezirken gehört, wo es eine besonders hohe Lücke zwischen der jetzigen Anzahl der Festangestellten und dem 20-Prozent-Ziel gibt. Es gibt andere Bezirke wie Pankow, immerhin Konsolidierungsbezirk, wo das nicht der Fall ist. Eigentlich will ich dazu aufrufen, dass hier alle ihren Job machen, und da sind wir als Parlamentarier eben auch darauf angewiesen, dass nicht nur die Finanzverwaltung und die Fachverwaltung an einem Strang ziehen, sondern auch die Bezirke mitmachen.

Wenn ich sage, Marathon, heißt das auch, dass das nicht das Ende der Fahnenstange sein darf. Das haben auch Sie, Frau Kaddatz, dankenswerterweise gesagt, auch andere haben es betont. Es gibt relativ aktuell eine Studie von Verdi –

Vorsitzende Sabine Bangert: Lieber Herr Wesener! Darf ich Sie darauf hinweisen, dass die Zeit schon ziemlich fortgeschritten ist und dass wir uns bitte auf das Stellen von Fragen an die Anzuhörenden konzentrieren? – Das wäre ganz reizend. Vielen Dank!

Daniel Wesener (GRÜNE): Dann mache ich das. – Dann will ich mich dennoch bedanken für die interessante Studie von Verdi, die deutlich macht, dass wir hier in der Tat noch einen ziemlichen Gap haben zwischen hoffentlich bald 20 Prozent in Berlin und dem bundesweiten Durchschnitt, wobei der Bundesdurchschnitt runtergeht. Wir waren mal bei 70 Prozent 2008, wir nähern uns jetzt der Zahl von 40 Prozent Festangestellten. Vor dem Hintergrund würde mich interessieren, wie wir als Land Berlin uns dem Bundesdurchschnitt hoffentlich doch mehr nähern können. Das heißt, ich glaube, dass wir uns gemeinsame Strategien überlegen müssen, wie wir sowohl, was die Festangestellten, als auch, was das Thema Versorgungsdichte angeht, noch besser werden.

Ich will noch ein zweites Thema anschneiden: Es gibt sehr unterschiedliche Darstellungen von dem, was in dieser Sitzung der Tarifgemeinschaft der Länder wirklich gelaufen ist, von Abstimmung über allgemeine Diskussionen. Mich würde interessieren, wie wir es vielleicht gemeinsam hinbekommen, dieses Thema Tarifverträge auf der Agenda der TdL zu halten, wie wir gemeinsam parlamentarisch wie außerparlamentarisch dafür sorgen können, dass man sich auch in anderen Bundesländern darauf verständigt, genauso wie es Berlin im Rahmen des Koalitionsvertrags getan hat, zu sagen: Wir wollen diesen Tarifvertrag. – Alles andere ist wichtig, aber Honorarverordnung und Co. kann – ich glaube, auch da sind wir uns einig – keinen Tarifvertrag ersetzen. Jetzt hätte ich noch viele weitere Punkte, aber Sie haben recht mit der Zeit. Ich bin schon leise.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Wesener! – Frau Kittler, bitte!

Regina Kittler (LINKE): Erst mal möchte ich den Dank zurückgeben, der heute schon ausgesprochen wurde, denn der Erfolg hat durchaus viele Mütter und Väter, und die sitzen übrigens auch nicht nur unter den Anzuhörenden, sondern auch dahinten. Also vielen Dank auch an alle, auch an Herrn Kollatz ganz besonders, die sich hier über Jahre angestrengt haben. Ich hoffe, dass wir es gemeinsam hinkriegen, hier auch weiterzugehen. Sie wissen sicherlich, dass Die Linke durchaus will, dass wir eine Angleichung an den Bundesdurchschnitt bei Festange-

stellten als Ziel nicht aus den Augen verlieren. Natürlich werden wir es nicht in zwei Jahren hinbekommen, aber dass wir diesen Plan weiterverfolgen, da können Sie ganz sicher sein. Natürlich gilt das auch für die Honorarkräfte, die wir besser bezahlen müssen. Insgesamt kann ich nur zustimmen. Selbstverständlich muss unser Ziel sein, prekäre Beschäftigung im Auftrag des Landes Berlin zu beenden.

Wenn ich gerade bei Zielstellungen bin, geht das für mich damit einher, dass keine Reduzierung von Angeboten stattfinden darf, dass auch die Kostensätze nicht erhöht werden dürfen, denn dann würden wir es im Prinzip auf die Eltern oder auf die Musikschülerinnen und Musikschüler umlegen, und auch das kann nicht unsere Zielstellung sein.

Was die Raumsituation angeht: Wir haben die AG gehabt, die auch die Schulraumqualität bewertet und Vorschläge vorgelegt hat, die von allen begrüßt wurden, und da war auch die Rede von einer vielfachen Nutzung von neu zu bauenden Schulen, der Öffnung in den Bezirk hinein, und damit müssen wir es auch verbinden. Ich sehe auch den Vorschlag, das bei großen Sanierungen mitzudenken, als wichtig an. Dazu brauchen wir nicht nur Geld und Firmen, die das dann auch ausführen können – wir wissen, dass wir da Probleme haben –, sondern wir sind dann auch wieder bei dem Problem der Finanzierung insgesamt. Wir müssen darüber nachdenken: Ist die Kosten- und Leistungsrechnung für die Bildung anwendbar? Ich möchte hier noch mal sagen, dass wir darüber laut diskutieren müssen. Das haben wir ja auch schon im Bildungsausschuss diskutiert.

Hinsichtlich der Vergabe von festen Stellen – das entnehme ich jetzt Ihren Aussagen – haben Sie Angst, dass die, die zum Teil über Jahrzehnte als Honorarkräfte prekär lebend das System miterhalten haben, jetzt hinten runterfallen könnten. Ich glaube, wir müssen alle mitnehmen, dass wir das verhindern müssen. Natürlich ist auch die Bedeutung der Funktionsstellen für uns wichtig. Auch hier müssen wir nachsteuern.

Was für mich aber mit benannt werden muss, ist: Der RdB hat diesem E-6-Durchschnitt zugestimmt, und das ist eine zweiseitige Sache. Das haben wir dann durchaus auch in den Bezirken zu diskutieren, finde ich, und nicht nur auf Landesebene. Natürlich müssen auch wir dafür Verantwortung übernehmen, das ist völlig klar, aber eine Lehrkraft mit einem Hochschulabschluss mit E 6 – das ist ja wohl übersichtlich, dass das nicht geht, und dann müssen wir gucken, wie wir es hinkriegen. Wir sind da in dem Dilemma: Machen wir eine zweckgebundene Zuweisung und greifen somit in die Hoheit der Bezirke ein, oder geben wir es über die Globalsumme? Da sind ja durchaus Mittel in die Bezirke gegeben worden, die jetzt nicht unbedingt in den Musikschulen ankommen. Also auch hier sehe ich eine Verantwortung nicht nur beim Land Berlin, sondern auch durchaus in den Bezirken. Das müssen wir gemeinsam diskutieren, und da hoffe ich, dass Sie auch in den Bezirken Gehör finden.

Insofern würde mich interessieren, inwiefern Sie in Verbindung mit den Bezirksämtern und den Bezirksverordnetenversammlungen sind, weil auch die Einfluss nehmen können. Was die Vergabe von Unterrichtsstunden im Ganztage an den Schulen angeht, haben wir auch eine Aufgabe zu erfüllen, die wir uns allerdings insbesondere im Land auf den Zettel schreiben müssen, und zwar fachübergreifend, nicht bloß hier im Kulturausschuss.

Als Letztes möchte ich bestätigen: Selbstverständlich müssen wir uns bei der Tarifgemeinschaft der Länder als Land Berlin starkmachen. Da sehe ich natürlich auch eine Aufgabe bei den Gewerkschaften, und ich hoffe, auch bei denen stehen Sie auf der Matte. Wir kennen alle diese Hefte, und natürlich habe ich da reingeguckt. Wenn 82 Prozent der Musikschullehrkräfte in Berlin sagen, sie möchte eine Festanstellung, ob nun in Voll- oder in Teilzeit, und wir 92,8 Prozent Honorarkräfte haben, dann wissen wir, was wir hier noch für eine Aufgabe zu lösen haben, das ist völlig klar. Sie werden unsere Unterstützung kriegen.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Frau Kittler! – Noch mal der Hinweis: Wir haben eine Anhörung und dann eine Auswertung der Anhörung, wo wir solche Sachen noch mal erörtern können. Jetzt gilt es, Fragen an die Anzuhörenden zu stellen, weil die jetzt und nicht bei der Auswertung der Anhörung zugehen sind. – Herr Dr. Juhnke, bitte!

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Vielen Dank! – Ich glaube, die Interdependenzen, die zwischen der Staatsoper und den Musikschulen bestehen, sind hinreichend deutlich geworden. Deswegen war es gut, das zusammen zu diskutieren. Wenn ich auf die Uhr gucke, war das aber keine so gute Idee. Deswegen werde ich im Unterschied zu meinen Vorrednern auf Referate und Appelle verzichten, sondern nur zwei Fragen stellen.

Die erste Frage, bezogen auf das, was Frau Kaddatz sagte: Es geht um den Anteil von Festangestellten, der in der Zielstellung vielleicht mal erreicht werden sollte. Wo würden Sie den jeweils aus Ihrer Sicht – die wird sich ja unterscheiden – als wünschenswert erachten? Ich glaube, 100 Prozent können aus verschiedenen Gründen nicht unbedingt das Ziel sein, aber irgendwo dazwischen müsste diese Zahl sein. Das würde mich interessieren, auch vom Senat, was es eventuell konzeptionell für Ideen gibt, für die Zukunft oder in der Frage, was man sich vorstellen kann.

Bezogen auf den Senat noch mal zum Thema TdL: Was sind genau die Handlungsalternativen, die wir jetzt noch haben, Herr Dr. Wöhlert, und welche Dinge kann man da sagen – in einer Sitzung, die öffentlich ist? Das würde mich interessieren. Welche Roadmap gibt es? – Danke!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Dr. Juhnke! – Jetzt ist Frau Billig dran. – Bitte!

Daniela Billig (GRÜNE): Auch von mir vielen Dank für die jahrelange, vielleicht sogar jahrzehntelange Arbeit und dafür, dass Sie uns heute hier über die Ergebnisse berichten können! Einige Fragen habe ich noch, und zwar erstens nach der Kooperation mit den Schulen. Liegt es nur daran, dass die Schulen die Räume inzwischen selbst brauchen? Ich habe immer wieder auch gehört, dass ein anderer Grund das fehlende Personal sein kann. Es wird benötigt, um diese Kooperationen vonseiten der Musikschulen, aber auch der Schulen zu organisieren, und ich habe auch immer wieder gehört, dass z. B. die Hausmeister nicht den ganzen Tag in den

Schulen sind, aber möglicherweise benötigt werden, um die Schulen auf- und abzuschließen, also dass es manchmal auch daran hapert. Ist das nach Ihrer Erfahrung auch so, oder hat sich das inzwischen vielleicht verbessert?

Dann eine Frage an Frau Kastelewicz: Sie hatten zum Studiengang Instrumentalpädagogik die Zahl der Studienplätze genannt. Wie viele Bewerber und Bewerberinnen gibt es da? Wie groß ist die Lücke, die man da ausfüllen könnte und sollte?

Dritte Frage, dritter Komplex: In den östlichen Bezirken ist es so, dass teilweise diese 20 Prozent Festangestellte schon erreicht sind. Wie ist dort die Situation? Ändert sich jetzt irgendetwas? Wird möglicherweise noch umgeschichtet, Stichwort Funktionsstellen? Wirkt sich das dann auf die KLR in den Bezirken aus, wo es schon so ist? Denn möglicherweise sollte man jetzt denken, dass die Gefahr der wegfallenden Honorarmittel geringer ist. Ist das so, oder täuscht das?

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Frau Billig! – Jetzt ist Herr Dr. Neuendorf an der Reihe. – Bitte schön!

Dr. Dieter Neuendorf (AfD): Auch von meiner Seite recht herzlichen Dank für die ausführlichen Ausführungen zu diesem Thema! Für uns ist das Thema Musikschule ebenfalls ganz wichtig. Ich erinnere mich an einen Besuch bei „Jugend musiziert“ im vergangenen Jahr im Roten Rathaus. Ich erwähne das, weil es für mich so bezeichnend ist für die hohe Qualität der Jugendlichen, der Preisträger, auch für den Fleiß, die Beharrlichkeit und die Disziplin der Jugendlichen, aber darüber hinaus auch für die hohe Leistung und den hohen Standard in der sehr kontinuierlichen instrumentalen Förderung der Jugendlichen, dem Einzelunterricht vor allem. Das möchten wir natürlich auch erhalten. Dem fühlen wir uns ebenfalls verpflichtet.

Wir sind auch dafür, dass gerade bei Schulneubauten Fachräume eingerichtet werden sollen. Ich will das nicht weiter ausführen. Das ist bereits alles gesagt worden. Wir begrüßen es, dass 20 Prozent Festanstellungen als Ziel vorgegeben sind und möchten natürlich so wie die anderen Fraktionen auch einen höheren Satz. Wenn wir von den 20 Prozent Festanstellungen reden, dann müssen wir natürlich auch von den übrig bleibenden 80 Prozent – aktuell noch viel höher – reden. Vorhin wurde das Stichwort Mindeststandards von Herrn Berghäuser in den Raum geworfen. Da muss man natürlich auch an Mindestlöhne für die freien Mitarbeiter auf Honorarbasis denken. Hier muss ich aus eigenen Kontakten darauf hinweisen – Frau Breitprecher hat das ausführlich gesagt –: Kranken- und Rentenversicherung – hier sind besondere Bedingungen –, die Unsicherheit der Beschäftigung, Mutterschutz und auch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – das ist ein riesengroßes Problem. Diese Honorarkräfte können unter diesen Bedingungen nur ganz schwer ihr Leben, ihre familiären Dinge langfristig planen. Hier ist ein enormer Handlungsbedarf. Meine Frage dazu ist: Wäre es nicht sinnvoll, bei den Honorarkräften einen Festvertrag mit einem Sockelgehalt auszumachen, um den Unterschied zwischen den Festangestellten und den Honorarkräften nicht zu stark auseinanderklaffen zu lassen?

Zweiter Punkt, zu der Frage der Musikpädagogik, den Defiziten, die hier bestehen: Welche Maßnahmen halten Sie für notwendig, um den relativen Anteil der Studienplätze hinsichtlich Musikpädagogik, Instrumentalpädagogik zu erhöhen? Welche Möglichkeiten sehen Sie da? Als Ergänzung zu dieser Frage: Gibt es nachträglich umfängliche Möglichkeiten, die pädago-

gische Ausbildung im Nachhinein nachzuholen, um dieses enorme Defizit auszugleichen? – Danke!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Dr. Neuendorf! – Abschließend – bitte, kurz – Herr Schweikhardt!

Notker Schweikhardt (GRÜNE): Das schaffe ich ganz gut. Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ein Satz zu den Anzuhörenden: Ich bin erst seit drei Jahren Abgeordneter, aber dass sich sechs Anzuhörende so genial absprechen, dass so eine lange Anhörung konstruktiv bleibt – Kompliment!

Zwei Fragen an den Senat: Frau Kaddatz hat es erwähnt: Es gibt massive Defizite in der Baustruktur. Ich selbst bin direkt neben der Leo-Kestenberg-Schule. Ist es angedacht, eventuell SIWANA-Mittel reinfließen zu lassen, um da die Barrierefreiheit wiederherzustellen etc.?

Die zweite Frage: Frau Herrmann hat angesprochen, dass es sehr gute und sinnige Konzepte gibt, das stärker in die Schulen einzubauen. Frau Kittler hat die AG Schulraumqualität erwähnt. Wird es denn bei den weiteren Ausschreibungen beim Schulneubau und Ergänzungsbau Grundlage sein, dass man solche Mischnutzungen vorsieht, zum Beispiel, dass der Hausmeister nicht mehr benötigt wird, um in den Musikraum zu kommen? – Danke!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Schweikhardt! – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und würde den Anzuhörenden zur Beantwortung das Wort geben. Wir gehen in umgekehrter Reihenfolge vor. Frau Stoff! Sie müssen die Fragen herausfiltern, die an Sie gegangen sind oder wo Sie sich bemüßt fühlen, sie beantworten zu müssen.

Franziska Stoff (Generalsekretärin des Landesmusikrats Berlin e. V.): Ich würde gern etwas zu der Problematik der Entschließung der AG Ressourcensteuerung sagen, was angesprochen worden ist, dass in den Bezirken jetzt eigentlich der Ausgleich erfolgen müsste. Die Bezirke saßen mit am Tisch und haben es auch mit beschlossen. Jetzt ist das Problem, dass zwar die Bezirksbürgermeister oder die entsprechenden Vertreter am Tisch saßen, aber dann offensichtlich nicht richtig zu den Zuständigen kommuniziert worden ist, dass jetzt das Ziel darin besteht, aus Bezirksmitteln auszugleichen, um die 20 Prozent, die 105 Vollzeitäquivalente, vollständig zu bezahlen. Es ist auf irgendeinem Weg zu einem Missverständnis gekommen. Bestimmt war es kein böser Wille. Das hoffe ich natürlich. Die AG Ressourcensteuerung möchte gern, dass diese Stellen innerhalb der Bezirke vollumfänglich bezahlt werden, aber dadurch, dass mit diesem Durchschnittssatz von 50 000 Euro gerechnet wurde, entstand das Missverständnis, dass nur die 50 000 Euro dafür vorgesehen sind, diese Stellen zu bezahlen.

Dem muss man in jedem einzelnen Bezirk nachgehen. Das ist das Mühevollste und das ist es, warum die Fachaufsicht innerhalb der Kulturverwaltung gestärkt werden müsste und noch mehr Macht haben müsste, um dieses Pingpong zwischen Landes- und Bezirksebene, das die Musikschulen in diese schwierige Situation gebracht hat, auf irgendeine Weise aufzulösen. Wenn Sie jetzt sagen: Die Bezirke müssen –, dann sagen die Bezirke als Nächstes wieder: Die Landesebene muss –, und dann geht es immer so weiter. An genau diesen Punkt muss man ran. Da kann ich Sie nicht aus der Pflicht lassen. Sie müssen auch mitmachen, sonst schaffen wir das nicht. Wir müssen uns alle zusammen bemühen.

Dann würde ich noch etwas zu den 40 Prozent sagen. Herr Wesener! Sie haben gesagt, die Bundesebene sei jetzt bei 40 Prozent. Ich würde mal sagen: Es ist total schlimm, dass die Bundesebene jetzt dem schlechten Beispiel von Berlin zum Teil folgt und auch prekäre Anstellungsverhältnisse schafft. Da können wir nicht sagen, dass wir uns der Bundesebene jetzt auf niedrigerem Niveau angleichen. Wir müssen auf jeden Fall unsere hohen Anforderungen aufrechterhalten. Der Landesmusikrat empfiehlt 75 Prozent bis 80 Prozent Festanstellungen, und das entspricht auch der Studie, die Verdi gemacht hat. Das ist das, was die Beschäftigten wünschen, und dem sollten wir wenigstens versuchen zu entsprechen. Wahrscheinlich haben Sie es nicht so gemeint, aber ich wollte es trotzdem noch mal deutlich sagen.

Dann möchte ich noch etwas zu den Kooperationen mit Schulen sagen. Das Problem ist, dass die Honorarkräfte nicht weisungsgebunden sind. Die können einfach schwieriger in Schulen eingesetzt werden. Dafür braucht man festangestelltes Personal, um diese Kooperationen zu machen, und es braucht die richtigen Rahmenvereinbarungen, um diese Kooperationen im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung sinnvoll durchführen zu können, sodass die Musikschule keinen Verlust macht und am Ende dafür bestraft wird, dass sie diese Kooperationen macht.

Vorsitzende Sabine Bangert: Herzlichen Dank, Frau Stoff! – Dann ist Frau Kastelewicz dran. – Bitte schön!

Anna Barbara Kastelewicz (Geschäftsführerin der Agentur „music in progress“): Vielen Dank für Ihre Nachfragen! Ich beginne am besten bei der Ausbildung. Ich habe Anfang des Jahres gleich Kontakt zu den Hochschulen aufgenommen. An der HfM ist es so: Computerumbau, kein Zugang zu Zahlen, zu Daten. – Deswegen kann ich keine konkreten Zahlen bekommen, und mir wurde gesagt, man könne noch bis Ende des Jahres warten, bis dahin dauert das. Aber was mein Ziel ist, was ich eigentlich sagen wollte: Den Studenten, die jetzt schon studieren – auch im Hauptfach –, muss erst mal die Problematik noch näher gebracht werden, dass es im Nachhinein durchaus so sein kann, dass sie nicht von ihrem Musizieren allein leben können, sondern dass sie auch unterrichten, und diesen Teil muss man unterstützen, fördern und noch mehr implementieren.

Das ist jetzt gar nicht unbedingt auf meinem Mist gewachsen, das sagt übrigens auch Thielemann. Der sagt: Wir brauchen eine breitere Grundausbildung. Wir müssen den Studenten viel mehr Bereiche zeigen. – Zum Vergleich die Mediziner: Von keinem Mediziner wird erwartet, dass er sich im ersten Semester festlegt, in welche Fachrichtung er geht. Er kriegt erst mal eine Grundausbildung, und dann spezialisiert er sich. Das sollte – so sagt es auch Thielemann – auch in der Ausbildung der Musiker so sein, dass man die ganze Palette breiter aufstellt, um ihnen später mehr Möglichkeiten zu geben, hinterher tätig zu sein. In meinem Gespräch mit Prof. Mahlert an der UdK – – Er hat mir noch einen Artikel geschickt, den ich Ihnen gern zur Verfügung stellen kann. Da sind hinten auch Wortmeldungen von seinen Studenten und Absolventen aufgeführt. Jeder von denen hat ein anderes Bild, wo er hingehen will, und jedes persönliche Arbeitsfeld gestaltet sich unterschiedlich. Deswegen ist mein Plädoyer: Noch mehr Möglichkeiten und mehr Angebot im Grundstudium bei den Studenten.

Danke für Ihre Nachfrage bezüglich der Kurse, dass man sich auch im Nachhinein noch weiterbilden kann. Diese Kurse gibt es, die werden angeboten. Da gibt es Verschiedenes. Aber ich habe auch Rückmeldungen von Musikern erhalten, dass das manchmal nicht ganz so ziel-

führend ist. Da soll z. B. ein Oboist von einem Posaunisten auf irgendwelchen Gebieten weitergebildet werden. Es gibt sicherlich noch Potenzial, um zu sehen, was für Kurse man anbieten kann, dass das noch strukturierter funktioniert.

Der dritte Punkt: Ich möchte ein kleines bisschen die Lanze für die Honorarkräfte brechen. Wie gesagt, wir legen Wert darauf, dass es viele Festanstellungen geben soll, aber es gibt durchaus auch Musiker, die in Honorartätigkeit arbeiten möchten, aber eben nicht unter prekären Verhältnissen, sondern unter angemessenen. Ich kann mal in die Runde fragen: Wie lang ist Ihre Ausbildung? Wahrscheinlich vier Jahre Studium. Bei den Musikern ist es so: Die müssen vorher mindestens zwölf Jahre sozusagen ein Studium absolviert haben, um überhaupt zugelassen zu werden. Das heißt, die Mindestausbildung bei Musikern dauert 16, 18 Jahre. Das muss sich auch in der Honorarbezahlung und den Verhältnissen widerspiegeln.

Zur Idee mit dem Festbetrag, mit dem Sockel: Ich glaube, es wäre als Übergangslösung für viele ein guter Gedanke, dass man sagt, man hat diese Sicherheit eines Grundeinkommens, natürlich in Äquivalenten, in Stunden ausgedrückt, und man hat eben auch diese soziale Absicherung. Und oben drauf hat man je nach Bedarf – manche Instrumentengruppen sind mehr von Schülern nachgefragt, Fagott oder Posaune sind nicht immer ganz so ausgelastet – da die Flexibilität, die Stunden aufzuweiten und wieder zurückzufahren, aber ein Grundbetrag mit sozialer Absicherung ist da. – Danke!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank! – Frau Herrmann, bitte schön!

Bezirksstadträtin Clara Herrmann (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Vielen Dank! – Ich versuche auch, etwas zu den 20 Prozent zu sagen. Ich wollte keinerlei Vorwürfe machen. In der AG Ressourcensteuerung sitzt der Senat, der mit einer Stimme spricht, und einzelne Bezirksbürgermeister und -bürgermeisterinnen, die eben für den Rat der Bürgermeister dort sitzen und für alle Bezirke. Aber ich habe versucht, deutlich zu machen, was das Problem ist, und dann reden wir auch über die Frage der Globalsumme, die Sie angesprochen haben: Wie viel Globalsumme, wie viel Freiheit ist das wirklich?

Wenn ich mir das Musikschulprodukt anschau, dann hat es 2016 einen Median von 46,30 Euro gegeben. Dann hat es eine Preiskorrektur von 1,45 Euro nach unten gegeben. Dann hat es für 20 Prozent Musikschulausstattung von der Senatsfinanzverwaltung einen Aufschlag von 3,12 Euro gegeben. Dann hat es mit der ersten Fortschreibung für das Haushaltsjahr 2018 wiederum einen Abschlag von 94 Cent gegeben. Dann hat es mit der Breitbandregelung einen weiteren Abschlag von 42 Cent gegeben, und dann kam noch mal die allgemeine Normierung, die das Produkt komplett trifft, und dann wurden noch mal 51 Cent abgezogen. Sie können ausrechnen, wie viel von 3,12 Euro im System geblieben ist. Dann lande ich nämlich nicht bei 46,30 Euro, sondern bei 46,10 Euro nach der ganzen Rechnerei. Aber so ist die Kosten- und Leistungsrechnungslogik. Aber wie viel Globalsummenspielraum habe ich denn noch, wenn ich statt 46,30 Euro, die ich brauche, median zu finanzieren, 46,10 Euro kriege und davon 20 Prozent Festanstellungen schaffen soll? Deshalb meinte ich, man muss auch darüber reden: Wie funktioniert das System mit dem Ziel, das Sie haben, einer sachgerechten Zuweisung? Das Ziel muss auch irgendwie untersetzt werden können, aber wenn das System ganz anders funktioniert und damit nichts zu tun hat, ist es nicht verwunderlich, dass es zu großen Verwerfungen kommt. Das müssen wir in Zukunft weiterhin im Blick haben.

Dann wollte ich noch einen Aspekt hervorheben. Das ist dieses Thema „Räume und Schulen“, weil mir das sehr am Herzen liegt. Ich weiß, dass wir als Bezirke da unterschiedlich agieren. Bei mir im Bezirk gibt es sowohl im Friedrichshainer als auch im Kreuzberger Teil einen Standort für eine Musikschule, und ich halte es auch fachlich für sehr sinnvoll, dass wir Musikschulstandorte haben. Ich denke, dass man, wenn wir diese Raumdebatten führen, auch mit Schule, genau in diese Richtung gehen muss, dass wir bei Neubau- oder größeren Sanierungsmaßnahmen Raumverbände von acht bis zehn Räumen brauchen, die die Musikschule mit entsprechenden fachlichen Anforderungen an Lärmschutz und was sonst noch dazugehört, auch nutzen kann, und die müssen so organisiert sein, dass ich nicht noch mal einen Hausmeister brauche, sondern dass das räumlich so organisiert ist, dass ich mit einem Schlüssel dahin komme, egal, wo es ist, aber vielleicht nicht in die anderen Flure in der Schule. Ich denke, das ist auch eine Diskussion wert. Ich halte es für sehr sinnvoll, dass wir auch über Raumverbände sprechen und dass wir bei Musikschulen als Ort der Begegnung auch davon sprechen, dass Musikschule einen Ort für sich braucht.

Weil das Kooperationsthema aufgekommen ist – vielleicht möchten andere Anzuhörende etwas dazu ausführen; ich habe das in der Stellungnahme, ich glaube, bei Ihnen, Herr Berghäuser, gelesen –: Nach den geltenden Richtlinien ist es den Bezirken, den Musikschulen momentan freigestellt, die Kooperation mit Kitas kostenfrei zu machen. Mein Bezirk macht das für die Kitagruppen, die zu uns kommen. Da haben wir natürlich Einnahmeausfälle. Die werden nicht kompensiert. Dann gibt es eine Rahmenvereinbarung, die nicht ausreichend ist. Die regelt aber die Kooperation zwischen den Integrierten Sekundarschulen und den Ganztagsgymnasien mit den Musikschulen, aber die essenzielle Gruppe der Grundschule wird nicht geregelt. Da wird erwartet, dass es entgeltspflichtig ist. Es wäre ein konstruktiver Vorschlag nach vorn, dass Sie sich des Themas der Kooperation von Musikschule und Grundschule annehmen, denn es ist in der Systematik unlogisch, dass ich das bei den Grundschulen kostenpflichtig mache, während ich bei den ISS und den Ganztagsgymnasien eine Rahmenvereinbarungsregelung habe. – So weit erst mal.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen herzlichen Dank, Frau Herrmann! – Frau Breitsprecher, bitte!

Annette Breitsprecher (Landeslehrervertretung der Berliner Musikschulen e. V.): Vielen Dank! – Ich möchte erst kurz etwas zu Herrn Neuendorf und auch ein bisschen zu Frau Kastelewicz hinsichtlich der nachträglichen Weiterbildung der Kolleginnen und Kollegen sagen, die keinen pädagogischen Abschluss haben. Das ist sicherlich richtig und wichtig, aber mir wäre wichtig klarzustellen, dass das keineswegs die Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen an den Berliner Musikschulen ist. Das müsste man jetzt erst mal evaluieren. Nach meiner Kenntnis sind die Leute, die an unserer Musikschule arbeiten, pädagogisch ausgebildet. Ich weiß nicht, wie es in Gesamtberlin aussieht. Dazu kann ich keine Zahlen sagen, aber das ist sicher nicht die Mehrheit.

Ein Modell mit einem Sockelfestbetrag und irgendwelchen freien Honoraren kann ich mir spontan schlecht vorstellen, aber ich bin auch nicht kundig, ob so etwas überhaupt geht, ob es dafür Möglichkeiten gibt. Für mich persönlich scheint es nicht sinnvoll, und wir haben von Herrn Wesener die Zahl vorhin gehört. Es ist klar, wie viele Leute die feste Anstellung haben möchten, und das Ziel sollten wir auch so im Auge behalten und aus meiner Sicht nicht durch irgendwelche halbseidenen Geschichten aufweichen.

Was mir total am Herzen liegt, was aber, wie ich glaube, eine absolut noch in den Kinderschuhen stehende Debatte ist, die wir viel weiter führen müssen, ist diese Schulkooperationsgeschichte. Sie hatten vorhin schon ein bisschen nach Details gefragt, warum bestimmte Dinge nicht klappen. Ich habe sehr lange in Schulen unterrichtet, ich habe auch sehr lange – allerdings nicht im Namen der Musikschule – in Halbklassenarbeit in der Grundschule unterrichtet, de facto so wie meine Musikschulkollegen und -kolleginnen auch. Ich habe dafür an der Landesmusikakademie diese mehrjährige berufsbegleitende Weiterbildung gemacht. Das war total spannend. Diese Geschichten scheitern für mich auch ganz viel deshalb, weil es keine Begegnungen auf Augenhöhe sind. Man ist so etwas wie – Entschuldigung – der letzte Pickel am Volksarsch. Man kommt in die Aula einer Schule rein. Die ist belegt. Irgendjemand anderes hat da etwas zu tun. Man steht etwas erstaunt da und möchte mit seinem Unterricht beginnen und dann: Nein, das geht jetzt nicht. – Dann bricht eine Debatte darüber aus: Wir sind hier in erster Linie immer noch eine Schule. – Das ist der Geist, der dort herrscht, sicher nicht überall, aber es gibt ihn, und ich bin ihm oft begegnet. Das muss man, glaube ich, auf einer ganz anderen Ebene, einer viel größeren bildungspolitischen Debatte noch thematisieren, dass klar wird: Was für einen Stellenwert hat eigentlich kulturelle und ästhetische Bildung in unserem Bildungskanon? Bei der derartigen MINT-Fixierung und so, wie die Leute fokussiert sind auf: Wie geht die VERA-Arbeit meines Kindes aus? – usw., sind wir im Moment ein bisschen chancenlos. Das müsste noch ganz anders aufgemacht werden, ist mein Eindruck.

Zu den Räumen: Das ist sicherlich ein riesiges Thema, aber, wie gesagt, damit nicht erschöpft. Ich finde den Vorschlag von Frau Herrmann mit den Bildungsverbänden sehr gut, denn es ist nicht Musikschularbeit, wenn ich als einzelne Kollegin, wie ich es jahrelang gemacht habe, in einer Grundschule in einem großen Raum mit einem Flügel sitze und weit darum herum ist es leer. Das ist nicht Musikschule. Dann könnte ich auch privat unterrichten. Musikschularbeit ist da, wo es aus vielen Zimmern tönt, wo man nebenan mit der Kollegin sprechen kann und eine Idee entwickeln kann: Was machen wir mit denen zusammen? – und all diese Dinge tut. – Danke!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Frau Breitsprecher! – Herr Berghäuser, bitte!

Chris Berghäuser (Vorsitzender des Musikschulbeirats): Ich gehe auf die erste Frage ein, wenn wir uns etwas wünschen dürften: Stellenanteile – völlig klar als Musikschulleiter, die Kernaufgabe mit festangestellten Lehrkräften zu erledigen. Das heißt für mich ganz klar: 80 Prozent und 20 Prozent für flexible Aufgaben, um auf Projekte usw. reagieren zu können und sich die hauptberuflichen Musiker nicht entgehen zu lassen, die mit ihrem Spezialwissen an den Schulen eindeutig einen Mehrwert bilden, und als nächsten Schritt, sich näher an Sachsen-Anhalt zu orientieren. Dort gibt es ein Weiterbildungsgesetz. Eine Förderung für eine Musikschule gibt es erst dann, wenn mehr als 50 Prozent Festangestellte im Einsatz sind. Das wäre für mich eine logische Orientierung als nächsten Schritt.

Dann zur Frage nach den Schulräumen – Selbstnutzung versus Hausmeister –, die Sie stellten: Die Hausmeisterproblematik gab es sehr lange, die ist auch nicht weg. Aber jetzt ist zunehmend zu sehen, dass wir aus den Schulen rausfliegen, weil sie selbst ihre Räume brauchen, weil zu wenige Schulplätze da sind, die Klassen verdichtet werden, der Ganztags überall einzieht. Das ist im Moment die Tendenz und das passiert sehr oft sehr schnell. Man kann über-

haupt nicht darauf reagieren. Das höre ich aus vielen Bezirken. Die Situation wird als dramatisch dargestellt, muss man ganz klar sagen.

In Pankow ist es so, dass die Funktionsstellen immer sehr hochgehalten worden sind und nicht abgebaut wurden. Einige, die sich dafür sehr eingesetzt haben, sind hier mit am Tisch. Das hat uns geholfen. Trotzdem haben wir keine 20 Prozent, zwar nur auf dem Papier, weil durch die Überhangversetzung und den Stellenpool ja Stellensperren an allen Stellen drann waren und wir freigewordene Stellen nicht wieder besetzen konnten. Das wird jetzt sukzessive passieren, auch im Funktionsbereich zwei Stellen. Auch wir mussten schon mit Honorartätigkeit Funktionsstellen über Werkverträge ersetzen, weil wir sonst nicht anders hätten arbeiten können.

Zu der Frage des Sockelgehalts: Ich denke, dass wir dann ehrlich sein und sagen sollten: Das sind sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten. – Ich glaube, wir brauchen eine größere Flexibilisierung solcher Tätigkeiten, dass man je nach Bedarf diese Stellenanteile ausweiten kann oder dass das, wenn weniger Bedarf ist und ein Kollege sagt, er wolle etwas zurücktreten, auch runtergehen kann, ohne dass es für alle Zeit so bleibt. Es ist, glaube ich, in allen Berufsfeldern in der Bundesrepublik so, dass nach mehr Flexibilisierung gerufen wird.

Maßnahmen für die Ausbildung von Lehrkräften: Wir haben, wenn sich die Aufgaben immer stärker erweitern – nicht verlagern – im Ganztagsbereich der Grundschulen, der Sekundarschulen und der Zusammenarbeit mit Kita, dann tatsächlich heutzutage zu wenig Lehrpersonal, das speziell für diese Einsatzgebiete ausgebildet ist. Der originäre Musikschullehrer unterrichtet Einzelunterricht oder kleine Gruppen, und aufgrund der Weiterbildungen, die angeboten werden, werden Kollegen in die Situation versetzt, diesen Unterricht zu machen. Davon brauchen wir mehr. Ich glaube, wenn man viel enger mit den Hochschulen zusammenarbeiten könnte und planerisch über viele Jahre denkt, können wir jetzt schon sagen, wann Stellen an den Berliner Musikschulen freiwerden und wieder zu besetzen sind und in welchen pädagogischen Bereichen wir Lehrkräfte brauchen, um sie ganz gezielt dahin auszubilden, wenn es auch ihren Neigungen entspricht. Dann ist allen geholfen, und wir haben hochqualifizierte motivierte Lehrer. Was kann uns Besseres passieren, als unsere Kinder an den Start zu bringen? – Danke schön!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Berghäuser! – Es waren noch Fragen an die Senatsverwaltung offen. Weil Dr. Wöhlert zu einem Anschlusstermin muss, hat er angeboten, dass er die im Rahmen der Auswertung beantwortet, also die Beantwortung zuliefert. Ist das okay? Wir sind jetzt sehr über die Zeit. – Okay! – Ich bedanke mich ganz herzlich bei den Anzuhörenden! Wenn das Wortprotokoll vorliegt, nehmen wir eine Auswertung der Anhörung vor. Vielen Dank für heute, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben, auch in der Ausführlichkeit! – Dann vertage ich diesen Punkt bis zum Vorliegen des Wortprotokolls.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.